
PARTIZIPATIVE GOVERNANCE UND NACHHALTIGER STRUKTURWANDEL

Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten
in der Lausitz und im Rheinischen Revier



Jeremias Herberg
Jan-Hendrik Kamlage
Julia Gabler
Ute Goerke
Konrad Gürtler
Tobias Haas
David Löw Beer
Victoria Luh
Sonja Knobbe
Julia Reinermann
Johannes Staemmler
Sandra Venghaus

IMPRESSUM

Herausgeber

Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung/
Institute for Advanced Sustainability Studies e. V. (IASS)
Berliner Straße 130, 14467 Potsdam
Tel: +49 331-28822-390
johannes.staemmler@iass-potsdam.de
www.iass-potsdam.de

Text und Redaktion

Jeremias Herberg, Jan-Hendrik Kamlage, Julia Gabler, Ute Goerke,
Konrad Gürtler, Tobias Haas, David Löw Beer, Victoria Luh, Sonja Knobbe,
Julia Reinermann, Johannes Staemmler, Sandra Venghaus

Mitarbeit

Tabea Selleneit, Leonard Paus

V.i.S.d.P.:

Prof. Dr. Ortwin Renn, Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bildrechte

Titel: Forschungszentrum Jülich/Sascha Kreklau
Seite 4, 19, 24: Sven Gatter
Seite 10: Zukunftsagentur Rheinisches Revier
Seite 16: KWI
Seite 24, 25, 35: Johannes Staemmler

Erschienen Juli 2020

DOI: 10.2312/iass.2020.037

INHALT

	Abkürzungsverzeichnis	2
	Abbildungsverzeichnis	2
	Zusammenfassung	3
1	Einleitung	5
2	Politische Rahmensetzung	6
3	Nachhaltigkeit und partizipative Governance	8
4	Das Rheinische Revier	10
5	Die Lausitz	19
6	Empfehlungen für Politik in den Regionen	28
7	Partizipative Governance als demokratischer Entwicklungspfad	30
	Literatur	32
	Über uns	36

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

EKBO	Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
KAG	Kohleausstiegsgesetz
KWSB	Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
MWIDE	Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW
StStG	Strukturstärkungsgesetz
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz GmbH
WSP	Wirtschafts- und Strukturprogramm
ZRR	Zukunftsagentur Rheinisches Revier
ZKS	Zivilgesellschaftlicher Koordinierungskreis Strukturwandel
ZWL	Zukunftswerkstatt Lausitz

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Rahmendokumente des regionalen Strukturwandels	7
Abbildung 2: Argumente für eine partizipative Governance	8
Abbildung 3: Das Rheinische Revier – Vom Tagebau betroffenes Kerngebiet	11
Abbildung 4: Strukturwandel-Governance im Rheinischen Revier	14
Abbildung 5: Beteiligungsprozess Bioökonomie REVIER	17
Abbildung 6: Die Lausitz als länderübergreifende Region	20
Abbildung 7: Die Governance-Architektur im Lausitzer Strukturwandel	22

ZUSAMMENFASSUNG

Der Bundestag und der Bundesrat haben am 3. Juli 2020 den Gesetzesentwürfen zum Kohleausstieg bis 2038 und zur Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur zugestimmt. Die Ausgangslagen für den so beschleunigten Wandel in den Revieren und umliegenden Gemeinden der Lausitz und des Rheinlands sind dabei sehr unterschiedlich. In beiden Regionen stehen Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft vor der Aufgabe, Lösungspfade und Transformationskorridore zu finden, die ökologisch verantwortlich, sozial gerecht, wirtschaftlich vielversprechend und demokratisch getragen sind. Das IASS Potsdam veranstaltete im Frühjahr 2020 gemeinsam mit dem Kulturwissenschaftlichen Institut Essen einen Workshop, um **demokratiepolitische Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Strukturwandel der Braunkohleregionen** herauszuarbeiten. Die Zwischenergebnisse werden in dieser Studie dargestellt.

➤ **Das Rheinische Revier** verfügt gerade im Vergleich zur Lausitz über gute infrastrukturelle und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen für den Strukturwandel. Die ersten Sofortförderprogramme wurden unter großem Zeitdruck geplant und umgesetzt. Der Zeitdruck geht zu Lasten eines transparenten, fundierten und langfristigen Förder- und Beteiligungskonzeptes. Die Unzufriedenheit mit diesem Vorgehen wächst.

➤ **In der Lausitz** ist die Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und Institutionen groß. Die kommunikativen Schnittstellen und förderpolitischen Maßnahmen zwischen regionalen Akteur*innen und den Landesregierungen sind bislang zu fragmentarisch, um diese Unzufriedenheit effektiv und glaubwürdig zu adressieren.

➤ **In beiden Regionen wird Nachhaltigkeit** kritisch diskutiert und nur langsam zum politischen Leitbegriff des Strukturwandels. Klare bundespolitische Vorgaben und Ziele für die Regionen fehlen bis dato. Die Nachhaltigkeitskriterien in den regionalen Diskursen und

Förderpolitiken bleiben eher abstrakt und es besteht Unklarheit im Hinblick auf die lokale Umsetzung.

Die demokratische Legitimation nachhaltiger Entwicklungspfade ist in beiden Regionen gefährdet. Wir empfehlen daher, dass entlang von drei Schwerpunkten eine partizipative Governance entwickelt und schrittweise aufgebaut wird:

1. Die Prinzipien einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung müssen in **Zukunftskonzepten und Entwicklungsstrategien** konkretisiert und für die Region anwendbar gemacht werden. Diese benötigen einen strukturierten, transparenten und langfristig angelegten Beteiligungsrahmen, in dem sowohl Bürger*innen als auch Vertreter*innen organisierter Interessen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft früh, transparent und umfassend informiert und in die Gestaltung der Region eingebunden werden.
2. Für einen erfolgreichen Strukturwandel sind die **Klärung und Überprüfung von Zuständigkeiten sowie klare und begründete Förderziele** unabdingbar. Unklare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zwischen den Ländern oder den Gebietskörperschaften gehen zu Lasten einer effektiven, nachvollziehbaren und akzeptierten Förderpolitik. Gleichfalls müssen die Länder klare und transparent angewandte Förderziele und Maßstäbe für die Vergabe öffentlicher Gelder an Projekte auf Basis von kohärenten, fachlich und ethisch begründeten Zielgrößen und Prüfungsverfahren entwickeln und anwenden.
3. Die Schnittstellen zwischen Partizipation und Governance sollten gestärkt und die Transparenz und **Responsivität** der Strukturwandelpolitik gegenüber Bürger*innen konsequent erhöht werden. Dazu gehören die umfassende Information und Stärkung von Eigeninitiativen, die Selbstgestaltung in der Zivilgesellschaft und das Schaffen von öffentlichen und

sektorenübergreifenden Räumen für die Ideen- und Projektentwicklung sowie deren Umsetzung.

Wir schlagen in diesem Zusammenhang zwei Ideen vor, die in beiden Revieren vom IASS und dem KWI mitentwickelt wurden: Ein **Zukunfts-fonds** trägt dazu bei, robuste Infrastrukturen der Engagementförderung zu entwickeln, um die

Gesellschaft für den Wandel zu mobilisieren und zur Teilhabe und Selbstorganisation anzuregen. (siehe Seite 17) Ein **Bürger*innenausschuss** kann mit zufällig ausgewählten Bürger*innen besetzt werden, um die Stimmenvielfalt, Lernfähigkeit und lokale Anschlussfähigkeit im demokratischen Entscheidungsprozess zu stärken (siehe Seite 27).



Soziokulturelles Zentrum Telux in Weißwasser

1 | EINLEITUNG

Insgesamt stehen die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen vor einer **doppelten Herausforderung**: Es gilt einerseits **effektive Governance-Strukturen** schrittweise aufzubauen oder weiterzuentwickeln, um die in Aussicht gestellten Ressourcen abzurufen und den regulativen Rahmenbedingungen der Förderung zu entsprechen; es bedarf andererseits einer **breiten Teilhabe und der gemeinschaftlichen Gestaltung** zur Umsetzung des Strukturwandels, weil ein fundamentaler Wandel nicht nur fortwährender Legitimation und in der Folge Akzeptanz¹ in der Bevölkerung bedarf, sondern auch in seiner inhaltlichen Ausrichtung auf die vielfältigen Beiträge der Akteur*innen aus Gesellschaft und Wirtschaft angewiesen ist. Die Frage, die dementsprechend in Politik und Verwaltung vielfach gestellt wird, lautet: Fördern Beteiligungsprozesse effektives und effizientes Handeln oder behindern sie dieses?

Um den Strukturwandel gerecht, effektiv und inklusiv zu gestalten, genügt es nicht Partizipationsprozesse vereinzelt zu organisieren und zur Akzeptanzbeschaffung für politische Entscheidungen zu nutzen. Dies ist ineffektiv und kann das Misstrauen in demokratische Institutionen steigern. Wir schlagen vor, die „**partizipative Governance**“ in den Regionen zu stärken und Maßnah-

men darauf auszurichten (Fischer 2012; Fung und Wright 2003). Hiermit sind politische Instrumente gemeint, die Engagement und unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung und organisierter Interessen an der Gestaltung der Region ermöglichen. Dazu zählen neben konsultativen Beteiligungsformaten wie dem hier vorgeschlagenen

Bürger*innenausschuss (siehe Seite 27), auch Mobilisierung und Selbstorganisation fördernde Formate wie der hier vorgeschlagene Fonds für die Zivilgesellschaft (siehe Seite 17). **Wenn die Landesregierungen diese oder ähnliche Instrumente zielgerichtet einsetzen, aktiv unterstützen (z. B. durch Schirmherrschaften) und sie eng mit den geplanten Entscheidungsgremien verzahnen (z. B. durch Konsultationsprozesse), kann Beteiligung das Verwaltungshandeln stärken, die Qualität demokratischer Willensbildung erhöhen und die Selbstorganisation nicht-staatlicher Akteur*innen und deren Beiträge zum Wandel stärken.**

Wenn die Landesregierungen diese oder ähnliche Instrumente zielgerichtet einsetzen, aktiv unterstützen (z. B. durch Schirmherrschaften) und sie eng mit den geplanten Entscheidungsgremien verzahnen (z. B. durch Konsultationsprozesse), kann Beteiligung das Verwaltungshandeln stärken, die Qualität demokratischer Willensbildung erhöhen und die Selbstorganisation nicht-staatlicher Akteur*innen und deren Beiträge zum Wandel stärken.

Im Folgenden legen wir zunächst die politischen Entwicklungsphasen dar, die eingebettet sind in überregionalen politischen Strukturen. Daran anschließend nehmen wir die Ausgangslage der beiden Reviere näher in den Blick, um auf dieser Basis zu empfehlen, wie Partizipation und Governance miteinander verknüpft werden können.

¹ Der Begriff der Akzeptanz meint die empirischen Motive von Menschen, Entscheidungen, Prozesse und andere Akzeptanzobjekte zu billigen, hinzunehmen oder davon überzeugt zu sein. Es ist Resultat von stetigen Kommunikationsprozessen. Legitimation hingegen bezieht sich auf institutionalisierte politische Prozesse, die die Kapazität besitzen, begründete Entscheidungen zu generieren. Legitimität ist gebunden an die demokratische Qualität des Prozesses und der Ergebnisse (Kamlage und Nanz 2018, Kamlage und Nanz 2017).

2 | POLITISCHE RAHMENSETZUNG



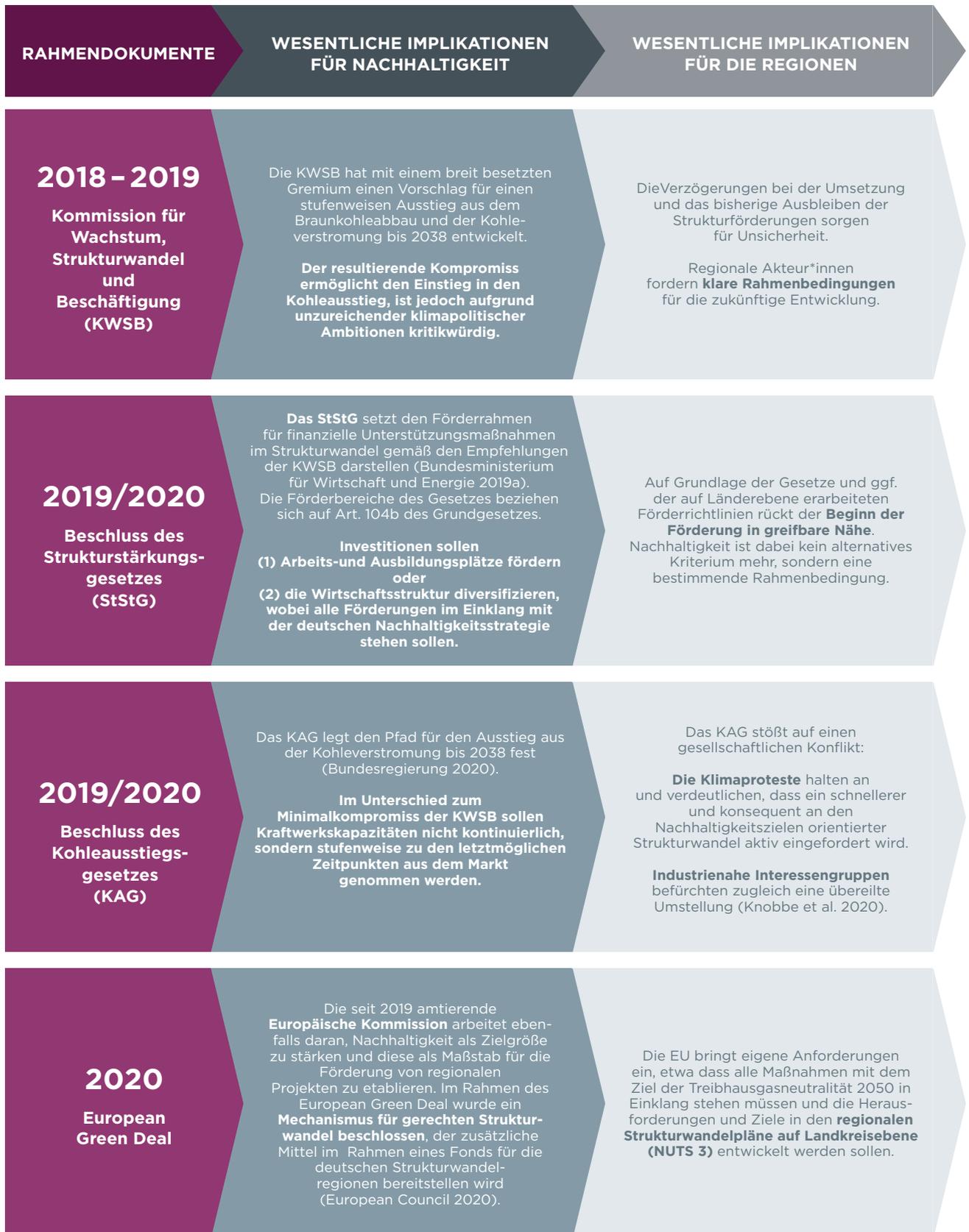
Die förderpolitischen Rahmenbedingungen, in denen die Landesregierungen und regionale Akteur*innen den Strukturwandel gestalten, haben sich über die letzten Jahre stark verändert. Nach intensiven Aushandlungen zwischen regionalen Akteur*innen gibt es nun einen bundesweiten Plan für den Ausstieg aus der Braunkohle. Dies ist in Abbildung 1 dargestellt: **Das Strukturstärkungsgesetz (StStG) sowie das Kohleausstiegsgesetz (KAG) wurden am 3. Juli 2020 von Bundestag und Bundesrat verabschiedet. Nachhaltigkeitskriterien für den Strukturwandel in den Regionen werden in beiden Gesetzen eingefordert.** Die Akteur*innen, insb. die Unternehmen und die Politik, stehen unter einem wachsenden gesellschaftlichen Druck.

Dies beruht auf dem Stand der Dinge am 13.07.2020.

Derzeit fordern die EU und der Bund verstärkt ein, dass die Landesregierungen den Strukturwandel an Nachhaltigkeitszielen ausrichten. Dies ist umso dringlicher, da die im KAG vorgesehenen Maßnahmen vermutlich nicht genügen werden, um die Verpflichtungen im Rahmen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen. Zudem fehlt ein Prozess der konsequenten Verknüpfung mit nationalen und regionalen Nachhaltigkeitsstrategien, aus der sich konkrete Governance-Prinzipien für die Regionen ableiten lassen. Eine nachhaltige Umsetzung des Kohleausstiegs ist daher in Gefahr. Damit betroffene Menschen, Gemeinden und Unternehmen gesetzlich eingeforderte und selbst gesteckte Nachhaltigkeitsziele umsetzen, müssen die Leitlinien nachvollziehbar und verbindlich formuliert werden und eine lokale Motivationswirkung erzeugen.



Abbildung 1: Rahmendokumente des regionalen Strukturwandels



3 | NACHHALTIGKEIT UND PARTIZIPATIVE GOVERNANCE

Eine partizipative Governance bindet sowohl Bürger*innen als auch organisierte Interessen (Stakeholder) strukturiert bei der Gestaltung und Entscheidungsfindung und der Umsetzung des Kohleausstiegs ein. Die konsultative Einbeziehung vor allem der Bürger*innen in inklusiv gestalteten Beteiligungsformaten stärkt die **demokratische Legitimation** und sorgt dafür, dass die Entscheidungen zur lokalen Ausgangslage passen. Dies schafft Akzeptanz gegenüber den Prozessen und Entscheidungen. Die Ein-

beziehung von Stakeholdern und ihrem Wissen erhöht **die Qualität der Entscheidungen** und stärkt ebenfalls Akzeptanz und **Effektivität der Förderung von regionalen Vorhaben**, während Mitmach-Formate helfen, die **Gesellschaft, ihre Akteur*innen und Ressourcen** für den Wandel und seine Ziele zu mobilisieren.

Die drei in Abbildung 2 dargestellten Argumente sprechen im Strukturwandelprozess für eine Stärkung partizipativer Governance.



Abbildung 2: Argumente für eine partizipative Governance

Politik und Verwaltung	Nachhaltigkeit	Gesellschaft und Regionen
Spannungsverhältnisse zwischen verschiedenen Governance-Ebenen sowie divergierenden Interessen müssen effizienter gesteuert und demokratiepolitisch geöffnet werden.	Die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele ist neben dem avisierten Kohleausstieg als Förderziel im Strukturstärkungsgesetz festgeschrieben und wird über eine Bund-Länder-Vereinbarung wirksam.	Langanhaltende Konflikte in den Regionen begrenzen die Wirkmächtigkeit und Akzeptanz der durch Wahlen legitimierten Landesregierungen. Zukunftsweisende Entscheidungen sind schwer zu legitimieren, wenn Lasten und Risiken neu verteilt werden.
Im Idealfall verstärken sich Effektivität und demokratische Legitimität des landes- und kommunal-politischen Handelns wechselseitig.	Nachhaltigkeit braucht lokale Gestaltungsspielräume und Innovationen. Eine öffentliche Auseinandersetzung über gutes Leben und gerechte Politik sind unabdingbar.	Um eine verstärkte Legitimation zu erzielen, bedarf es umfassender Kommunikationsprozesse und fairer und gerechter Beteiligungsangebote.

➤ Nachdem der Kohleausstieg überregional initiiert, klimapolitisch begründet und politisch beschlossen ist, muss die Umsetzung des Strukturwandels mit Leben gefüllt und mit konkreten und nachprüfbaren Nachhaltigkeitszielen und Vorgaben versehen werden. Um Nachhaltigkeitsziele konsequent zu etablieren und gegenläufige Entwicklungen mit einem breiten Mandat zu stoppen, dürfen politische Dokumente und die Eigeninitiative der regionalen Stakeholder-Gruppen nicht die einzigen Grundlagen bleiben. **Es fehlt das Zwischenstück zwischen Top-Down-Förderung und Bottom-Up-Engagement.**

Auf dem Weg zu einer regionalen Umsetzung

Damit die entstehenden Governance-Strukturen partizipativ werden, empfehlen wir, Beteiligungsprozesse für Bürger*innen und Stakeholder zu implementieren und diese mit robusten, aber auch anpassungsfähigen Schnittstellen zur übrigen Strukturwandel-Governance zu versehen. Teilhabe und Mitwirkung an Leitbildprozessen, digitalen Bürger*innenplattformen, Bürger*innenversammlungen, Bürger*innenräten oder Konsensuskonferenzen stärken die gesellschaftliche Verankerung und Legitimität der politischen Entscheidungen, während Ideenwettbewerbe, Bürger*innenwerkstätten und Citizen-Science-Formate die Gesellschaft mobilisieren und Selbstorganisation fördern. Diese Angebote können **nicht nur eine begleitende Kommunikationsmaßnahme** sein, sondern sollten auch die sachlichen Entscheidungen der Politik vorbereiten, Konflikte parteiübergreifend bearbeitbar machen und die betroffene Bevölkerung, die Kommunalpolitik sowie regionale Stakeholder als Teilhabende der angelaufenen Transformation mobilisieren.

Sinnvoll sind solche Maßnahmen und Formate nur dann, wenn diese effektiv und transparent mit politischen Institutionen und Verwaltungsprozessen verknüpft werden, da sie ansonsten Gefahr laufen, rein symbolischen Charakter zu haben. Im schlechtesten Fall fördert Beteiligung Enttäuschung, Unmut und Widerstand in der Bevölkerung, weil Erwartungen geweckt werden, die nicht erfüllt werden. Die Governance-Architektur kann durch die richtige Gestaltung eine **Diversifizierung und dynamische Veränderung**

von regionalen Handlungsmöglichkeiten auslösen, fördern und begleiten. **Ein abgestimmter Dreiklang von Politik, Verwaltung und Beteiligung ist dazu unumgänglich.**

Damit eine partizipative Governance des Strukturwandels dies leisten kann, sollten folgende Fragen im Mittelpunkt stehen: Stärken und fördern die geplanten Maßnahmen und Mechanismen...

- die **Informiertheit, Mobilisierung und Selbstorganisation** der Gesellschaft in der Region für den Wandel?
- die Beziehungen und das **Vertrauen** zwischen Entscheidungsträger*innen einerseits und betroffenen Bürger*innen und organisierten Interessen andererseits?
- die **Responsivität** gegenüber der Bürger*innenschaft und organisierten Interessen in der Region und die Reflexivität der Strukturen gegenüber Wandel und Veränderungen im Zeitverlauf (lernende Governance)?
- die **argumentative und sachliche Auseinandersetzung** zwischen verschiedenen Perspektiven und die praxisorientierte Auswahl von Lösungsoptionen?
- die transparente und fachliche **Begründung von Regeln und Ressourcen**, insbesondere von Investitionen in den Regionen?
- die **Koordinierung** von lokalen Maßnahmen und die ortsübergreifende Diffusion von Innovationen?
- die Entwicklung einer abgestimmten und von möglichst vielen Akteur*innen entwickelten und getragenen **Zukunftsvorstellung** („guiding visions“) (Späth und Rohrer 2010)?

Diese Maßstäbe einer partizipativen Governance müssen mit Nachhaltigkeitsprinzipien verknüpft werden. Denn einerseits können die übergeordneten (Nachhaltigkeits-)Strategien nur erfolgreich sein, wenn die Empfänger*innen der Mittel auch zu Teilhabenden in der Umsetzung werden. Andererseits kann die regionale Umsetzung des beschlossenen Kohleausstiegs nur erfolgreich sein, wenn sie glaubwürdig darauf abzielt, die Lebensumstände in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu verbessern.

4 | DAS RHEINISCHE REVIER

Das Rheinische Revier als suburbaner Raum grenzt westlich an Belgien und die Niederlande und liegt zwischen Aachen im Südwesten, Köln im Osten und Mönchengladbach im Norden. Eine Struktur für eine partizipative Governance zu entwickeln, ist mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass das Revier eine **Vielzahl von Gebietskörperschaften** umfasst: die sechs Kreise Düren,

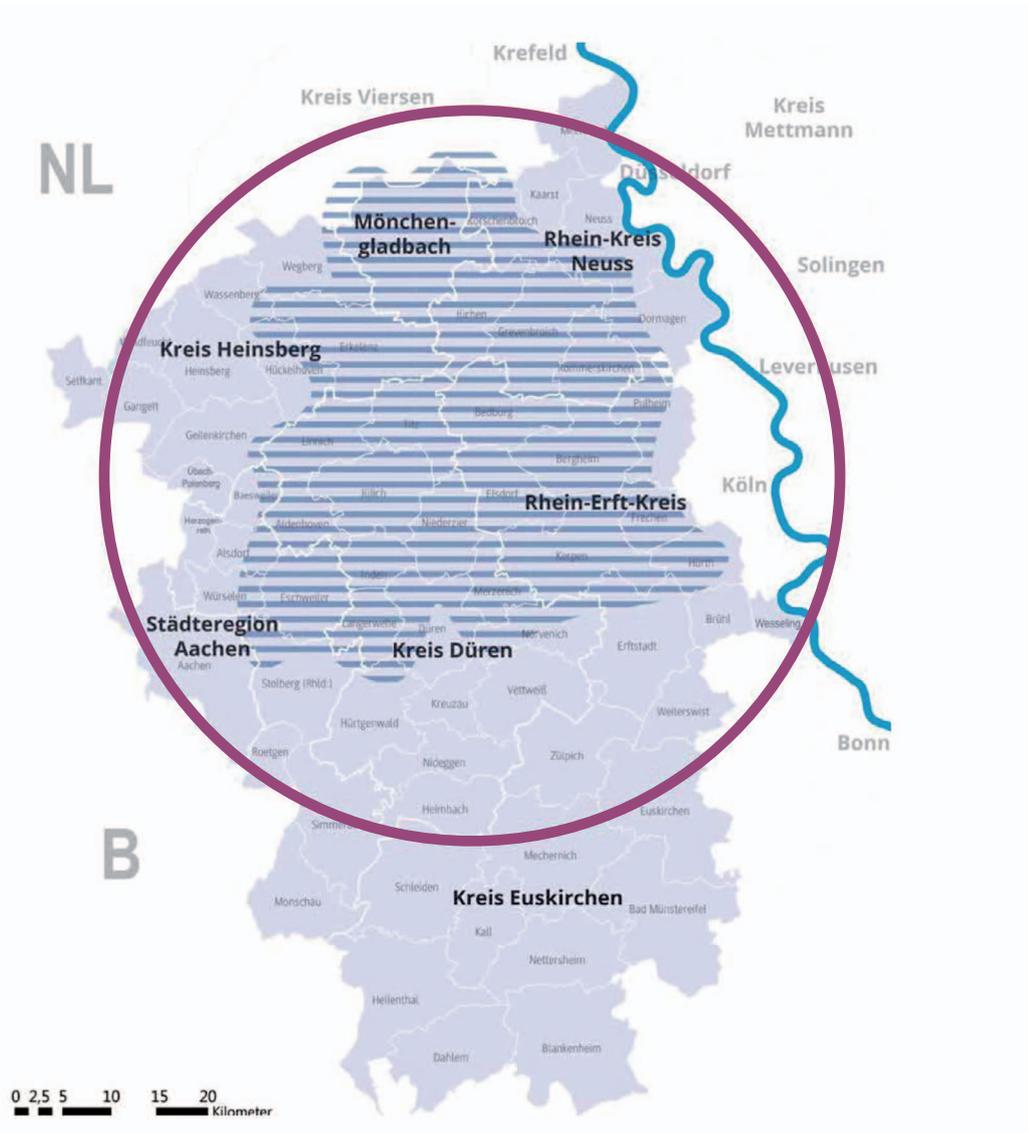
Euskirchen, Heinsberg, den Rhein-Erft-Kreis, den Rhein-Kreis Neuss sowie der Städteregion Aachen. Sechs Landkreise, mehr als zwanzig Kommunen und zwei Regierungsbezirke verlaufen losgelöst von den Grenzen des Kohletagebaus. **Ein Beteiligungsraum, der eindeutig zugeordnet, wer und wo einzubinden ist, ist daher nur schwer bestimmbar.**



Das Rheinische Revier



Abbildung 3: Das Rheinische Revier – Vom Tagebau betroffenes Kerngebiet
(Zukunftagentur 2019b)



Im Rheinischen Revier befindet sich das **größte Braunkohlerevier Europas** (Valentin et al. 2016: 7), in dem die betreibende Firma RWE mit etwa 9.000 direkt und weiteren 18.000 indirekt Beschäftigten (KWSB 2019: 77) jährlich bis zu 100 Millionen Tonnen Braunkohle förderte. Allerdings sank die Fördermenge für das Jahr 2019 auf lediglich 65 Millionen Tonnen Braunkohle im Rheinland. Die produzierte Strommenge entspricht knapp 70 Prozent des Primärenergieverbrauchs in NRW (Stand 2019, LANUV 2020; Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. 2019; KWSB 2019: 42; Valentin et al. 2016: 8; Gärtner 2014: 65; Braun et al. 1996: 38).

Wirtschaft: Wesentliche wirtschaftliche Schwerpunkte in der Region sind **neben der Landwirtschaft und Bauindustrie vor allem die Energiewirtschaft und energieintensive Industrien**, wie z.B. die Lebensmittel-, Chemie- und Aluminiumindustrie. In der Region sind drei große Chemieparcs und diverse international agierende Industrieunternehmen ansässig. Das größte Unternehmen ist der Energiekonzern RWE (Stognief et al. 2019: 9; Gärtner 2014: 68–70; Valentin et al. 2016: 12; KWSB 2019: 76f). Knapp drei Prozent der Beschäftigten im Rheinischen Revier sind direkt oder indirekt im Energiesektor tätig (Valentin et al. 2016: 8; Gärtner 2014: 68f.).

Neben diesen industriellen Schwerpunkten ist die Region stark landwirtschaftlich geprägt. Die guten bis sehr guten Böden führten dazu, dass die Landwirtschaft und die daran angekoppelte Lebensmittelindustrie einen hohen Stellenwert für die regionale Wertschöpfung entwickelten. So liegen die Anteile der landwirtschaftlichen Nutzung an den Flächen der Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf bei etwa 40 Prozent (IT.NRW 2018). Weitere positive ökonomische und kulturelle Standortfaktoren ergeben sich nicht nur aus der **Nähe zu prosperierenden Agglomerationsräumen** wie Aachen, Köln, Düsseldorf und dem Ruhrgebiet,

sondern auch aus den **ökonomischen Verflechtungen zu internationalen Märkten** (Niederlande, Belgien, Frankreich, Großbritannien). Die Region verfügt zudem über eine **sehr gut ausgebaute Technologie- und Forschungslandschaft**, die als Inkubator für Innovation und Wachstum dient (Gärtner 2014: 70). Hier sind vor allem die RWTH Aachen und die nahe gelegenen Universitäten Bonn, Düsseldorf und Köln zu nennen, zusätzlich zu einer Reihe von Fachhochschulen in der Region. Zudem gibt es eine vielfältige Landschaft außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, bestehend etwa aus dem Forschungszentrum Jülich sowie mehreren Fraunhofer-, Leibniz-, und Max-Planck-Instituten.

Die umfassende Forschungs- und Innovationslandschaft reicht von Grundlagenthemen bis zur – für den Strukturwandel besonders wichtigen – Anwendungsforschung und kann damit wichtige Akzente für die wirtschaftliche Fortentwicklung der Region setzen.

Diese Stärken ließen sich nutzen, um eine Entwicklung hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsform zu forcieren. Eine Möglichkeit dafür wäre eine **nachhaltige Bioökonomie**, also die Erzeugung und Nutzung biologischer Ressourcen, um Produkte, Verfahren und Dienstleistungen im Rahmen eines zukunftsfähigen Wirtschaftssystems bereitzustellen. Die genutzten Ressourcen und Stoffströme können zurückgeführt (Circular Economy) oder mehrfach genutzt (Kaskadennutzung) werden und so als Teil einer

nachhaltigen Lebensführung der Menschen fungieren. Laut einer deutschlandweit repräsentativen Befragung (N=1002), die im Dezember 2019 in Form von Telefoninterviews durchgeführt wurde (IEK-STE 2019), unterstützen 69 Prozent der Bevölkerung in NRW eine derartige Umstellung von fossilen Ressourcen hin zu einer nachhaltigen Bioökonomie. Solch eine sozial-ökonomische Transformation birgt allerdings Konfliktpotenziale, zum Beispiel hinsichtlich der Flächennutzung. Verschiedene Nutzungsmöglichkeiten stehen im Strukturwandel für die vorhandenen Flächen zur Diskussion: gewerbliche und landwirtschaftliche

Nutzung, aber auch die Gestaltung von Wohnraum, Freizeitflächen und Naturräumen. Hierbei können zudem die unterschiedlichen Interessenlagen der Region und der angrenzenden Ballungsräume aufeinandertreffen. Verschiedene landwirtschaftliche Nutzungsformen,

sei es energetische, stoffliche Nutzungen oder zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, konkurrieren zusätzlich miteinander um den Zugang zu knappen Flächen. **Hier wäre es die Aufgabe einer partizipativen Governance, normative Leitlinien zur Abwägung und Priorisierung von verschiedenen Bodennutzungen zu entwickeln, die legitimiert und von der Gesellschaft getragen sind.**

Gesellschaft und organisierte Zivilgesellschaft:

Im Rheinischen Revier leben etwa 2,1 Millionen Einwohner*innen, die potenziell über Informations- und Beteiligungsangebote erreichbar sind, darunter sind im Jahre 2019 ca. 391.500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (IT.NRW 2020; Valentin et al. 2016: 8). **In Bezug auf den Strukturwandel, die Braunkohlenutzung und den Vorstellungen von Nachhaltigkeit ist die Region von tiefgreifenden Konflikten geprägt.** Die zentralen Konfliktlinien drehen sich um die durch den Braunkohletagebau notwendigen Umsiedlungen vieler Dörfer (Kabisch 2018). Seit dem Jahr 1950 bis voraussichtlich 2045 wurden und werden mindestens 130 Ortschaften, Weiler und Stadtteile mit insgesamt 45.000 Bewohner*innen in sechs Kreisen umgesiedelt (Jansen 2017). Für die Bewohner*innen dieser Dörfer ist dies mit dem Verlust ihrer Eigenheime und Heimat verbunden

(Kabisch 2018). Weitere Konflikte entzündeten sich an den durch den Tagebau bedingten Folgeschäden sowie den klimaschädlichen Folgen des Braunkohleabbaus generell (Reinkemeier und Schanbacher 2016), gegen die viele Betroffenen protestieren. Entsprechend unserer Befragung unterstützen in NRW nur 17 Prozent der Bevölkerung weiterhin die Nutzung von Kohle als Energieträger (IEK-STE 2019).

Die zivilgesellschaftlichen Gruppierungen in der Region, die es zu informieren und in eine Governance einzubinden gilt, sind zu einem großen Teil im **zivilgesellschaftlichen Koordinierungskreis Strukturwandel (ZKS)** versammelt. Dieser Arbeitskreis wurde ins Leben gerufen, um ein gemeinsames Strukturwandelkonzept für das Rheinische Revier zu erarbeiten. Zum Teil angetrieben durch den Wunsch, die Gefahren und Folgen des Klimawandels zu minimieren und für weniger klima- und umweltschädliche Lebensweisen zu werben, vertreten insbesondere Umweltgruppen die Position einer starken Nachhaltigkeit und Suffizienz (zum Begriff vgl. Stengel 2011). Allerdings kritisieren diese Initiativen, dass ihre Stimmen im durch die Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) initiierten Strukturwandelprozess bisher nicht gehört und eingebunden wurden (Initiative Buirer für Buir 2020; Zobel 2020; Grothus 2019).

Weit über die Region hinaus haben die Themen Kohle und Klimawandel im Jahr 2018 durch die **Proteste im Hambacher Forst** mediale Aufmerksamkeit erfahren. Der Erhalt des Hambacher Forstes wurde so zum Sinnbild und Kulminationspunkt öffentlicher Proteste (Kaufer und Lein 2018). Die Proteste werden durch Teile der ansässigen Bevölkerung kritisch bewertet, weil diese von Aktivist*innen und Protestierenden aus dem ganzen Bundesgebiet getragen waren.

Den Braunkohle-Kritiker*innen gegenüber stehen jene gesellschaftlichen Gruppen, die sich für den Erhalt des Status quo einsetzen oder den Wandel verlangsamen wollen, darunter prominent die IG BCE (Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) als Gewerkschaft der Braunkohle-Beschäftigten. Im Vordergrund stehen für die am Status quo interessierten Gruppen die ökonomische Prosperität und Sicherheit der Energieversorgung in der Region. So wird argumentiert, dass der Kohleabbau zumindest übergangsweise notwendig sei, um sowohl die Stromversorgung der Industrie als auch die verbundenen Arbeitsplätze zu sichern (Knobbe et al. 2000). Andere Stimmen entgegenen wieder-

um, dass ausreichend Beschäftigungsmöglichkeiten in der Branche der Erneuerbaren Energien sowie im Kraftwerksrückbau und der Tagebausanierung entstünden, um dem Arbeitsplatzverlust

in der Braunkohleindustrie entgegenzuwirken (Oei et al. 2018). 62 Prozent der Bevölkerung in NRW glauben, dass ein Wandel zu Nachhaltigkeit

auch neue Arbeitsplätze schaffen werde (IEK-STE 2019). Eine partizipative Governance kann in diesem Kontext dazu beitragen, Beziehungen und Vertrauen zwischen den Akteur*innen zu stärken, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und durch eine wissensbasierte Handlungsabstimmung ein gemeinsames

Mandat für eine nachhaltige Transformation aufzubauen. Dass der Wunsch nach mehr Beteiligung in der Bevölkerung existiert, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass 59 Prozent der Befragten in NRW angaben, sich innerhalb der letzten 12 Monate mindestens einmal politisch engagiert zu haben, bspw. im Rahmen der Mitarbeit in einer gesellschaftlichen Organisation, durch Teilnahme an einer Demonstration oder die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion (IEK-STE 2019).

Zivilgesellschaftliche Initiativen kritisieren, dass ihre Stimmen im Strukturwandelprozess bisher nicht gehört und eingebunden wurden.

Eine partizipative Governance kann dazu beitragen, Beziehungen und Vertrauen zwischen den Akteur*innen zu stärken, Konflikte konstruktiv zu bearbeiten und ein gemeinsames Mandat für eine nachhaltige Transformation aufzubauen.

Partizipative Governance im rheinischen Strukturwandel: Die Zukunftsagentur

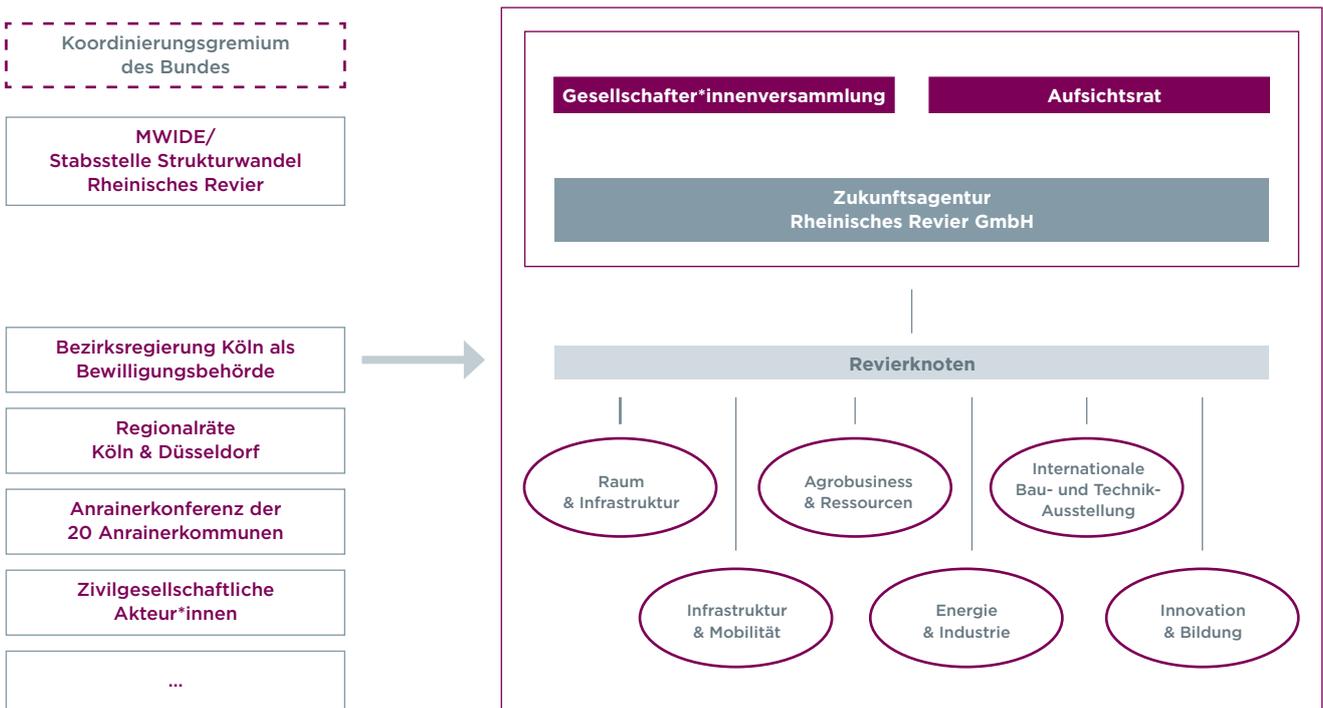
Das Rheinische Revier verfügt mit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) über eine vom Land NRW geförderte Institution, die als zentrale Akteurin eines präventiven Strukturwandels (Gärtner 2014) die „Identifizierung regionaler Potentiale und die Vernetzung entsprechender Akteure“ (Valentin et al. 2016: 9) zum Ziel hat. Die ZRR ist ein von der Landesregierung NRW beauftragtes, privatwirtschaftliches Unternehmen, das durch eine Gesellschafter*innenversammlung gesteuert wird. Dort vertreten sind die Kreise des Rheinischen Reviers, Industrie- und Handelskammern sowie Gewerkschaften. Zusätzlich gibt es einen Aufsichtsrat, in dem das Land NRW, die Bezirksregierung Köln und die RWE Power AG vertreten sind (Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2019a: 27 – 28). **Die Landesregierung ist dabei, die Zukunftsagentur zur zentralen Akteurin und zum Netzwerkknoten des Strukturwandels auszubauen. Die ZRR ist mit der Erstellung**

eines Leitbildes für den Wandel und zur Nutzung der Finanzhilfen des Bundes beauftragt.

Die Leitbildentwicklung mündete im Wirtschafts- und Strukturprogramm (WSP). Dieses Strategiedokument sollte unter Einbezug aller Akteur*innen des Strukturwandels entstehen. Das Programm dient als inhaltlicher Rahmen, um die über das Strukturstärkungsgesetz der Bundesregierung für die Region in Aussicht gestellten Fördergelder effektiv zu investieren. Damit ist es das zentrale Dokument, um die Förderung legitimatorisch abzusichern. Die Erstellung des WSP als (Wirtschafts-)Förderungsstrategie verläuft entlang von sechs sogenannten Revierknoten, d.h. sektoralen Facharbeitskreisen, die durch eine Analyse bestehender Gutachten und Regionalstudien des Rheinischen Reviers bestimmt wurden. Diese Revierknoten werden geleitet von einer Vorsitzenden, die jeweils aufgrund „ihrer fachlichen Kompetenz und Verankerung im Revier für diese Aufgabe ausgewählt wurden“ (Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2019a: 10).



Abbildung 4: Strukturwandel-Governance im Rheinischen Revier
(eigene Darstellung)



Der Prozess zur Erstellung des WSP soll nach eigenem Anspruch möglichst partizipativ gestaltet sein und allen Akteur*innen aus der Region die Möglichkeit geben, sich einzubringen (Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2019a: 34). Die allgemeine Aufbruchsstimmung, die noch beim Auftakt des Revierknotenprozesses im Jahr 2019 zu beobachten war (Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2019b), weicht allerdings zunehmender und vielfältiger Kritik, denn der Beteiligungsprozess schreitet unter großem Zeitdruck voran und lässt eine umfassende und inklusive Beteiligung und Mobilisierung der Gesellschaft nicht zu. **Die Vergabe von zentralen Positionen und Aufgaben in der Governance-Struktur der ZRR erscheint dabei wenig transparent und nachvollziehbar.**

Eine erste Version des WSP (WSP 1.0) wurde in nur vier Monaten (September bis Dezember 2019) mit Hilfe von Konferenzen und Workshops der einzelnen Revierknoten entwickelt. In den Workshops kamen vor allem organisierte, wirtschaftsnahe Interessen zu Wort. Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft waren zwar einzeln vertreten, fühlten sich allerdings nicht hinreichend gehört und kommunizierten offen ihr Misstrauen gegenüber dem Anspruch der ZRR einer transparenten und umfassenden Beteiligung (Grothus 2019). **Bürger*innen wurden in den Prozessen zur Erstellung des WSP bisher nicht systematisch angesprochen und eingebunden.** Parallel zur Erstellung des WSP begann man mit der Förderung von Einzelvorhaben im Sofortprogramm und dem Nachfolger Sofortprogramm plus, um „sichtbare Signale und eine Aufbruchsstimmung in der Region“ zu erzeugen (vgl. Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2019a). Die Auswahl der Projekte erscheint dabei wenig fokussiert und eher nach dem Gießkannenprinzip zu verlaufen. So wurde scharfe Kritik geäußert, nachdem der Aufsichtsrat der ZRR 83 Projekte auswählte und zur Förde-

Die allgemeine Aufbruchsstimmung, die noch beim Auftakt des Revierknotenprozesses im Jahr 2019 zu beobachten war, weicht zunehmender und vielfältiger Kritik.

Die Vielfalt der Beteiligungsinitiativen und -angebote liefern erste wichtige Erfahrungen und erste ermutigende Ergebnisse, die es auszuwerten gilt.

rung empfahl (Grobusch/Aachener Zeitung 10.06.2020).

Vom Jahr 2020 bis zum Juni 2021 soll nachträglich für die Beteiligung der Bürger*innenschaft und mehr Transparenz gesorgt werden. Geplant ist eine Aktualisierung des WSP 1.0 hin zu einem WSP 1.1. Methodisch sind hierfür zwei Beteiligungsmechanismen angedacht: Zum einen ist die Fortführung der Revierknotenprozesse ge-

plant, zum anderen entwickelte die ZRR Angebote der unmittelbaren Information und Beteiligung der Bevölkerung, die durch eine Beteiligungsagentur durchgeführt werden. Geplant sind verschiedene Beteiligungsformate un-

terschiedlicher Intensität und Reichweite (z.B. Revier-Foren, Revier-Gespräche, Revier-Touren, Revier-Werkstätten sowie ein Online-Dialog), durch die ein Bürger*innengutachten zum WSP und eine Beteiligungscharta mit Grundsätzen guter Bürger*innenbeteiligung für zukünftige Beteiligungsaktivitäten im Revier entwickelt werden soll (Zukunftsagentur Rheinisches Revier 2020). Das Bürger*innengutachten soll der ZRR übergeben werden, die dann in einem Rechenschaftsbericht darlegt, welche der Inhalte in das WSP 1.1. einfließen. Insgesamt betrachtet erscheint der Beteiligungsprozess der ZRR, der die Bürger*innenschaft adressiert, aber eher als „zweite Instanz“ neben dem organisierten Revierknotenprozess und vornehmlich ad hoc und inkrementell entwickelt worden zu sein. **Eine**

kommunizierte, langfristige konzeptionelle Idee der Beteiligung ist bisher nicht zu erkennen.

Parallel zu dem von der ZRR getragenen, thematisch und regional übergreifenden Beteiligungsprozess gibt es davon unabhängig weitere Informations- und Beteiligungsaktivitäten in Wissenschaft und Politik. Diese sind etwa thematisch fokussiert, wie zum Beispiel zwei Forschungsprojekte zum Thema Bioökonomie (BioökonomieREVIER, Transform2Bio) oder der Austausch zwischen

Land- und Ernährungswirtschaft zum Thema Innovation und Nachhaltigkeit (PLAIN-RR). Weiterhin sind ein durch die RWTH Aachen initiiertes digitales Raumlabor geplant sowie Formate digitaler Beteiligung einzelner Kommunen. Auch das Wirtschaftsministerium NRW (MWIDE) bietet Beteiligungsverfahren an, um über die Verkleinerung der Tagebau-Areale zu beraten. Die Vielfalt der Beteiligungsinitiativen und -angebote liefern erste wichtige Erfahrungen und erste ermutigende Ergebnisse mit unterschiedlichen Informations- und Beteiligungsformaten, die es auszuwerten gilt. Das Projekt Bioökonomie-REVIER beispielsweise entwickelt, erprobt und evaluiert ein innovatives und kontextsensibles Beteiligungssystem bestehend aus mehreren spezifischen Formaten, das sowohl Bürger*innen als auch organisierte Interessen strukturiert beteiligt (KWI 2019; FZJ 2020). Diese Governance-Struktur besteht aus einer Lenkungsgruppe, die die vielfältigen organisierten Interessen aus der Region in die Steuerung des Beteiligungsprozesses einbindet. Neben der Lenkungsgruppe ist eine Bürger*innenversammlung mit zufällig ausgewählten Bürger*innen nach dem Vorbild anglo-amerikanischer Citizens' Assemblies geplant und zwei stark lokal fokussierte Bürger*innenräte, wie sie in Vorarlberg angewandt werden. Ein- und rückgebunden sind diese Formate in eine Online-Plattform, die die Beteiligungsprozesse und deren Ergebnisse der breiten Öffentlichkeit zugänglich macht und daran beteiligt.

Die verschiedenen Beteiligungsinitiativen im Revier sind bisher wenig aufeinander abgestimmt und bergen die Gefahr, dass es zur Verwirrung und Überbeteiligung kommt. Damit ist gemeint, dass für die Bevölkerung und die organisierten Interessen in der Region die Beteiligungsangebote, die Initiator*innen und ihre Ziele nur noch schwer voneinander zu unterscheiden sind. Darüber hinaus werden Stakeholder mehrfach angefragt, um sich in sogenannten Begleit- oder Lenkungsausschüssen einzubringen. Eine Überbeteiligung kann sich negativ auf die Motivation und Beteiligungsbereitschaft auswirken.

Zwischenfazit zum Rheinischen Revier



Bürger*innen beteiligen sich an kommunalen Planungsprozessen

Das Rheinische Revier ist im Hinblick auf den Strukturwandel durch seine stabile Wirtschaftsstruktur, vielfältige Technologie- und Forschungslandschaft und Nähe zu prosperierenden Ballungsräumen gut vorbereitet. Es gibt etablierte Governance-Akteur*innen wie die ZRR, die den Aufbau einer partizipativen Governance im Revier vorantreiben sollen. **Bisher liegt allerdings noch kein langfristiges Konzept für die ausgewogene Beteiligung der vielfältigen organisierten Interessen und der Bürger*innenschaft vor.** Als strukturgebendes Element einer partizipativen Governance hat bisher die Revierknotenstruktur gedient, die die organisierten Interessen aus Politik, Wirtschaft und Forschung in den Entwurf zum WSP eingebunden hat. Mit der Information und Einbindung der Bevölkerung begann man erst im Jahr 2020. Der Zeitdruck, unter dem die Ad-hoc-Prozesse durchgeführt wurden, die inkrementelle Vorgehensweise, der Beginn der parallelen Projektförderung wie auch das Nebeneinander vieler verschiedener Beteiligungsangebote im Revier wirken der Ausbildung und Umsetzung eines gelungenen Gesamtkonzeptes entgegen. Hier wurde bereits einiges an Vertrauen in die handelnden Akteure verspielt (Grobusch/Aachener Nachrichten 10.06.2020).

Folglich fehlt ein schlüssiges und **fundiertes Gesamtkonzept für den langfristigen Aufbau** einer partizipativen Governance, die den Strukturwandel gestaltet und die unterschiedlichen Akteur*innengruppen, ihre Ressourcen und ihr Wissen systematisch einbindet und deren Selbstorganisation anregt. Ambitionierte und inklusive Beteiligung der Bürger*innenschaft und der organisierten Interessen braucht einen dafür passenden, lernenden und reflexiven Beteiligungsrahmen mit entsprechenden Steuerungsgremien, Förderformaten sowie einen strukturierten Mechanismus der Evaluation.

Inhaltlich stützt sich eine solche Governance auf einen **partizipativen Leitbildprozess**, der eine wertebasierte, attraktive und in die Region wirkende Vorstellung von der Zukunft entwickelt und mit dem Thema der Nachhaltigkeit verknüpft. Um eine umfängliche Information, Beteiligung und Mobilisierung der organisierten Interessen und der Bevölkerung zu ermöglichen, braucht es **Zeit, Ressourcen und geeignete und aufeinander abgestimmte Informations- und Beteiligungsformate**. Die Potentiale der Beteiligung, die Akteur*innen in der Region zu informieren, zu mobilisieren und zur Selbstorganisation anzuregen, bleiben bisher weitgehend ungenutzt, obwohl dies im Kommissionsbericht dezidiert gefordert wird (BMW 2019b: 101). So wird dort beispielsweise ein selbstverwalteter Fonds für die Zivilgesellschaft vorgeschlagen (siehe unten). Solche oder ähnliche Formate wie etwa gemeinnützige Ideenwettbewerbe, Projektschmieden und Citizen-Science-Projekte sollten erprobt und weiterentwickelt werden. Die Forschungs- und Beteiligungsvorhaben, die im Revier erprobt werden, bieten dafür exemplarisch erste wichtige und ermutigende Lösungsansätze, Erfahrungen und Ergebnisse, die es auszuwerten und auszubauen gilt.

Um als legitime und anerkannte Akteurin gelten zu können, bedarf es allerdings eines consequenten Umbaus der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR).

Die ZRR steht als zentrale Akteurin bereit, sowohl das partizipative Leitbild als auch ein Konzept zur langfristigen Beteiligung zu entwickeln. Um als legitime und anerkannte Akteurin gelten zu können, bedarf es allerdings eines consequenten Umbaus der Agentur. **Die Kontroll- und Entscheidungsstrukturen bedürfen einer inklusiven**

Zusammensetzung, die die unterschiedlichen Interessen und Stimmen in der Region besser abbildet und zusammenbringt. Die organisierte Zivilgesellschaft muss beispielsweise eingebunden werden.

Die Vergabe von Fördermitteln sollte transparent, besser begründet und stärker rückgebunden sein, an klare inhaltliche Schwerpunkte, die sich aus einem partizipativ entwickelten Leitbild und der Förderstrategie herleiten, um Förderung mit der Gießkanne zu vermeiden.



Abbildung 5: Beteiligungsprozess BioökonomieREVIER
(eigene Darstellung)





ZUKUNFTSFONDS ZIVILGESELLSCHAFT IM RHEINISCHEN REVIER

Idee: Eine bunte und lebendige Zivilgesellschaft ist ein hohes Gut. Sie liefert Impulse für Innovationen und Wandel, sie weist auf Fehlentwicklungen und Probleme in der Gesellschaft hin und entwickelt pragmatische Lösungen. Strukturwandel ist auf die Kreativität, die Selbstgestaltung und das Mitwirken der Zivilgesellschaft angewiesen. Dieser Vorschlag ist nach dem Vorbild des Bürgerdialogs Belgiens (Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens/Bürgerdialog Ostbelgien 2020) gestaltet und unterstützt die Entwicklung der regionalen Zivilgesellschaft der Region. Dabei werden nachhaltig Infrastrukturen der Engagementförderung aufgebaut.

Ziel: Die Förderung zielt darauf ab, a) die Selbstorganisation in der Gesellschaft zu unterstützen, b) nachhaltige Infrastrukturen der Engagementförderung zu entwickeln, c) eigenverantwortliche Bereiche, zumeist ohne Gewinnerwartung, im Revier aufzubauen sowie d) die Stimmen der Zivilgesellschaft im Wandel zu stärken, um so relevante Beiträge zum Strukturwandel zu liefern.

Vier Säulen der Förderung:

1. Förderung gemeinnütziger Initiativen und Projekte, bürgerschaftlichen Engagement aus Kunst, Kultur, Natur- und Umweltschutz, Bildung und Traditionspflege in der Region.
2. Förderung des Auf- und Ausbaus von Engagementinfrastrukturen wie beispielsweise Bürger*innenstiftungen, gemeinnützigen Ideenwettbewerben, Freiwilligenagenturen in der Region.
3. Förderung, Auf- und Ausbau lokaler sozial-ökologischer Ökonomien, insbesondere sogenannter "Commons-Projekte" (Gemein- oder Allmendegüter und deren Gemeinschaften) in Bereichen wie Wissen, Natur, Kultur und Wirtschaft sowie Förderung des sozialen Unternehmertums und Aufbau von gemeinnützigen Genossenschaften
4. Förderung von Empowermentmaßnahmen der organisierten Zivilgesellschaft, um Ideen und Argumente besser in die Öffentlichkeit und politische Arenen des Strukturwandels zu tragen

Volumen: 50 Millionen Euro bis zum Jahr 2038, Auf- und Ausbau von Infrastrukturen dürfen bis zu 10 Jahre gefördert und auf Eigenanteile darf in begründeten Fällen verzichtet werden.

Der Bürger*innenausschuss zur Vergabe der Mittel: Der Ausschuss besteht aus zufällig ausgewählten Laienbürger*innen der Region, die weder über Expert*innenwissen verfügen noch selber von der Förderung profitieren und daher keine direkten persönlichen Interessen in der Sache haben. Mitglieder aus Politik, Verwaltung sowie geförderten Organisationen sind ausgeschlossen. Da die Mitgliedschaft zeitlich begrenzt ist, besteht auch kein Risiko, dass das Engagement der Mitglieder deren Handeln beeinflusst. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um sich als Gruppe unvoreingenommen Meinungen bilden und über die Auswahl der Förderungen fair, gerecht und begründet bestimmen zu können.

Zusammensetzung und Arbeitsweise: Die Mitglieder sind zwölf zufällig ausgewählte Bürger*innen. Der Ausschuss ist ein Mini-Abbild der Gesellschaft und spiegelt diese in wesentlichen Merkmalen wieder (Alter, Geschlecht, regionale Herkunft und soziale Lage). Die Mitglieder dürfen höchstens zwei Jahre beteiligt sein; alle acht Monate wird ein Drittel der Bürger*innen ausgewechselt. Die Geschäftsstelle, die Landesregierung, ZRR, ZKS sowie zwei Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft sind jeweils mit beratender Stimme zugegen. Die Sitzungen sind öffentlich und unabhängig extern moderiert.

Geschäftsstelle: Unterstützung erhält der Bürger*innenausschuss durch eine unabhängige Geschäftsstelle, die über die Melderegister der Kommunen die Mitglieder auswählt und organisatorisch unterstützt, die Öffentlichkeit informiert und als permanente Struktur die Schnittstelle zur Landesregierung, ZRR, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit darstellt.

Vgl. Löw Beer et al. (2018)

5 | DIE LAUSITZ

Die Lausitzer*innen haben viel Erfahrung mit Strukturwandel. Viele wissen noch aus den Jahren nach dem Mauerfall und den Umbrüchen 1989/90, wie eng politische, wirtschaftliche und persönliche Veränderungen miteinander verwoben sind. Eine strukturierte Einbindung der Erfahrungen und Erwartungen der Lausitzer*innen

in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess würde die demokratische Legitimation sowie die Ergebnisse bei der Gestaltung von Zukunftspfaden verbessern. **Die Ausgangslage in Geographie, Bevölkerung und Wirtschaft erfordert einen Strukturwandel mit viel Teilhabe, Transparenz und Verbindlichkeit.**



Soziokulturelles Zentrum Telux in Weißwasser



Abbildung 6: Die Lausitz als länderübergreifende Region
(eigene Darstellung)



Die Lausitz ist eine deutsch-polnische Region, die auf der deutschen Seite die Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, die kreisfreie Stadt Cottbus (Niederlausitz) in Brandenburg sowie die Landkreise Görlitz und Bautzen (Oberlausitz) in Sachsen umfasst. Die Lausitz ist ein Kulturräum, der in seiner kulturellen Vielfalt oft unterschätzt und in der politischen Debatte meist durch gemeinsame Probleme (insbesondere die Betroffenheit durch den Braunkohleausstieg, aber auch den demografischen Wandel, periphere Wirtschaftsräume und starke Verbreitung rechtsnationalistischen Gedankenguts) definiert wird. Neben der historischen Unterscheidung in Nieder- und Oberlausitz gibt es auch wirtschaftliche Unterschiede innerhalb der Region, die sich z. B. in der Erwerbstätigenzahl ausdrücken.

Durch die „Demontage der Lebens- und Arbeitswelten“ (Lenz 1999: 189) in den 1990er Jahren und weitere Degradierungserfahrungen (u. a. ausgelöst durch Hartz IV) wurden die Hoffnungen auf einen sozialpolitisch abgefederten Strukturwandel enttäuscht. Die Folge

ist eine verstärkte Abwanderung und Überalterung der Gesellschaft, was wiederum negative Folgen auf den Arbeitsmarkt hat (vgl. Seibert et al. 2018). Vor dem Hintergrund der langen Transformationsgeschichte erklärt sich auch, dass sich in der Region weniger Menschen auf weitere Transformationen etwa im Rahmen der Energiewende einlassen können. In der der Lausitz sind 43 Prozent der Befragten im Nachhaltigkeitsbarometer des IASS gegen den Kohleausstieg (Setton 2018) und unterstützen die Klimaproteste weniger deutlich als andernorts (Wolf 2019). Rechtsnationalistische Strömungen nutzen diese Entfremdung der eigenen Aussage nach zur „populistischen Mobilisierung“ (Kopke und Lorenz 2016). Mit Erfolg – das haben die sächsischen und brandenburgischen Landtagswahlen im September 2019 deutlich gezeigt, in denen die rechtspopulistische und in großen Teilen nationalistische AfD mit 23,5 Prozent in Brandenburg und 27,5 Prozent in Sachsen als jeweils zweitstärkste Kraft hinter der SPD beziehungsweise der CDU gewählt wurden. Die AfD hatte sich im Wahlkampf, wie bereits in der Landtagswahl 2014, nicht nur als Anti-Establishment-Partei positioniert, sondern sich auch klar für den Erhalt der Braunkohle ausgesprochen.

Die Wirtschaftsentwicklung hat sich in den letzten zwanzig Jahren stabilisiert und auch Fortschritte in der Infrastruktur sind überall sichtbar. Jedoch ist im bundesdeutschen Vergleich die Produktivität geringer und die Löhne liegen bis auf gewichtige Ausnahmen in der Braunkohleindustrie deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (Seibert et al. 2018). „Der Abstand zu den wirtschaftlichen Entwicklungszentren Deutschlands hat sich auch fast 30 Jahre nach der Wende noch immer kaum verringert“ (Berger et al. 2019: 21). Kritisiert wird insbesondere die geringe Innovationskraft (BMWi 2019b: 53). Vor diesem Hintergrund ist das langjährige Festhalten an der Braunkohle ein zweiseitiges Schwert: Die Braunkohleindustrie wird seit 1989/90 als wirtschaftlicher und sozialer Stabilitätsanker stabilisiert und gefördert. Während des Rückgangs der Zahl der Beschäftigten von knapp 79.000 im Jahr 1989 auf rund 19.000 Menschen Mitte der 1990er Jahre wurde eine Stärkung wirtschaftlicher Alternativen versäumt.

Noch im Jahr 2017 wurden 61,2 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert, also fast ein Drittel der

Gesamtproduktion in Deutschland. Die Lausitzer Kohleindustrie ist somit für ca. fünf Prozent der deutschen Schadstoffemissionen verantwortlich. Sie beherbergt sogar drei der emissionsintensivsten Industrieanlagen Europas. Angesichts des jahrzehntelangen Festhaltens an der Braunkohle weisen große Teile der regionalen Bevölkerung darauf hin, dass sie nunmehr schlecht auf die relativ vielen Arbeitsplätze (8.639 im Jahr 2017) und relativ hohen Durchschnittslöhne (vgl. Kluge et al. 2014) verzichten können (vgl. Hermann et al. 2018: 13). Diese Sorgen sind nachvollziehbar und nehmen mit jeder weiteren Unklarheit über die Ausstiegsmaßnahmen zu. Eine gute Strukturwandelpolitik greift diese Sorgen auf, ohne die falsche Gegenüberstellung von sozialer Gerechtigkeit und globaler Klimagerechtigkeit zu befördern.

Eine partizipative Governance erfüllt in dieser Ausgangslage mehrere Funktionen: Sie kann historische Versäumnisse und Verletzungen bearbeiten helfen, Nachhaltigkeitskriterien lokal einbetten und Bürger*innen und Stakeholder ermutigen, sich auf die vielen bereits wirksamen Alternativen zur Braunkohle einzulassen. Der Kohleausstieg ist somit ein Anlass, um die Politik offener, kommunikativer und die Wirtschaft vielfältiger zu machen. Zugleich bietet eine partizipative Governance die Chance, die Legitimität von strukturpolitischen Entscheidungen zu stärken.

Partizipative Governance in der Lausitz: Von der Zukunftswerkstatt zur Zwei-Länder-Lösung

Mit den konkreter werdenden Diskussionen um das Ende der Kohle in der Lausitz haben sich Akteur*innen und Prozesse profiliert bzw. neu

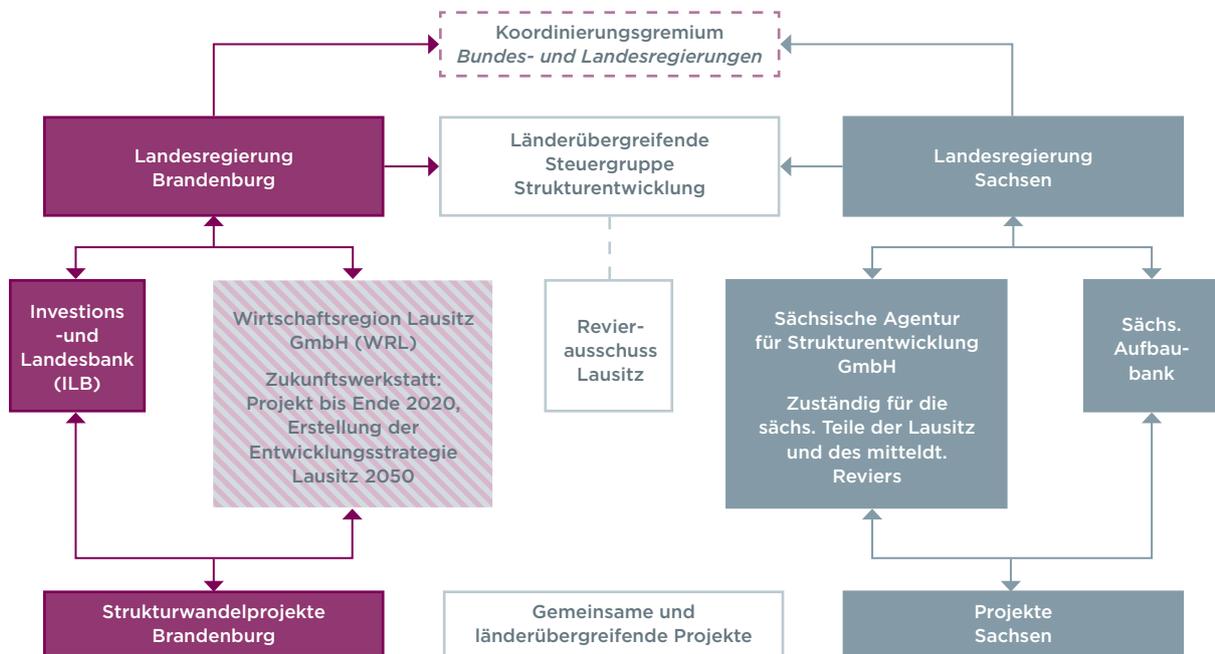
etabliert, die Einfluss auf den Wandel nehmen. Die bundesländerübergreifende Abstimmung zwischen Sachsen und Brandenburg zeigt sich durch den kontinuierlichen Austausch der Lausitzbeauftragten sowie in gelegentlichen gemeinsamen Kabinettsitzungen der Landesregierungen. Mit der Einsetzung der Zukunftswerkstatt Lausitz (bis Ende 2020 Teil der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH) wurde der Versuch unternommen, seit 2018 eine länderübergreifende Leitbildentwicklung zu forcieren². In den Landkreisen und Kommunen sowie in der Bevölkerung wird Ungeduld über die fehlende Umsetzung der Beschlüsse der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) geäußert. Im Laufe des Jahres 2020 ist mit dem Abschluss der Gesetzgebungsprozesse zur Strukturstärkung und dem Kohleausstieg auf Bundesebene zu rechnen.

Der Zwischenstand des bisher von den beiden Bundesländern entwickelten institutionellen Gefüges ist in Abbildung 7 abgebildet und wird im Folgenden aufgeschlüsselt. Innerregionale Trägerstrukturen und Mechanismen zur Projektentwicklung müssen weiterentwickelt und durch partizipative Elemente unterstützt werden. Auf allen Handlungsebenen muss einerseits die Effektivität und Legitimität des Strukturwandels und andererseits das strukturierte Feedback, d.h. die Responsivität mit Bevölkerung und Wissenschaft gewährleistet sein. **Wir empfehlen daher von Landesregierungen bis hin zur Zivilgesellschaft, dass die Schnittstellen zwischen Politik und Öffentlichkeit gestärkt und konkret in das institutionelle Gefüge eingebettet werden.**

² Vgl. www.zw-lausitz.de. Zuletzt abgerufen am 20.06.2020.



Abbildung 7: Die Governance-Architektur im Lausitzer Strukturwandel
(eigene Darstellung)



Landesregierungen: Die Staatskanzleien in Sachsen und Brandenburg haben jeweils Beauftragte für den Strukturwandel eingesetzt, die in der Staatskanzlei (Brandenburg) bzw. dem Staatsministerium für Regionalentwicklung (Sachsen) verortet sind. Die Lausitzbeauftragten können als zentrale Koordinationsstelle einer partizipativen Governance gesehen werden, da sie für die Schnittstellen zwischen regionaler Bevölkerung, Stakeholdern und Regierung und für die Koordination der jeweiligen Landesministerien in strukturwandelrelevanten Belangen zuständig sind. Zudem vertreten sie die Region an der Schnittstelle zu Bund und EU. Folgende Elemente sind Bestandteile der entstehenden Strukturwandel-Governance:

- Das **Bund-Länder-Koordinierungsgremium**, eingerichtet auf Grundlage des Strukturstärkungsgesetzes, sichert die Abstimmung der jeweiligen Strategien und Umsetzungen für den Strukturwandel.
- Die länderübergreifende Abstimmung zwischen Sachsen und Brandenburg leistet eine

Steuerungsgruppe auf Ebene der Chef*innen der Staatskanzleien, ergänzt um den regelmäßigen Austausch der Lausitzbeauftragten.

- Mittels der **Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung GmbH** und möglicherweise der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (Brandenburg) sowie der jeweiligen Landesbanken werden die Landesregierungen mit den Mitteln des Strukturstärkungsgesetzes Projekte in Ober- bzw. der Niederlausitz anstoßen.
- Außerdem stehen Ideen im Raum, durch ein länderübergreifendes Gremium mit Stakeholdern (**Revierausschuss** oder gemeinsamer Ausschuss) die regionale Anschlussfähigkeit zu sichern. Wie länderübergreifende Projekte umgesetzt werden, muss noch geklärt werden (vgl. Heer und Knippschild 2020).

Regionalentwicklung: Mehrere regionale Institutionen nehmen neben interessens- und strukturpolitischen Aufgaben auch die Funktion einer kommunikativen Schnittstelle zwischen Bevölkerung und Politik wahr.

➤ **Die Wirtschaftsregion Lausitz (WRL)** ist der Zusammenschluss der Lausitzer Landkreise. Sie umfasst aktuell vier südbrandenburgische und zwei nordsächsische Landkreise sowie die kreisfreie Stadt Cottbus. Sie versteht sich als länderübergreifende Wirtschaftsförderung und beschäftigt zahlreiche hauptamtliche Projektmanager*innen in Cottbus, Hoyerswerda und Bad Muskau. Es existieren durch den Aufsichtsrat institutionelle Brücken zu den Landesregierungen und zur Lausitzrunde. Mit der WRL bietet sich somit eine zentrale Schnittstelle an, die allerdings mit anderen Schnittstellen harmonisieren muss.

➤ Ein Projekt der WRL ist die **Zukunftswerkstatt Lausitz (ZWL)**, die bis Ende des Jahres 2020 eine „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ erarbeitet. In einem breiten Wissensfindungs-, Beteiligungs- und Dialogprozess entsteht eine länderübergreifende Strategie, wie sie im Beschluss der KSWB aus den Regionen eingefordert worden ist. Mit Auslaufen dieses Projekts und durch die zunehmende Tendenz der Länder, eigene Strategien und Strukturen zu entwickeln, ist die konkrete Anwendung der „Entwicklungsstrategie 2050“ noch nicht abschließend geklärt.

➤ In der **Lausitzrunde** haben sich bundesländerübergreifend Bürgermeister*innen aus revier-nahen Städten, Gemeinden und Ämtern zusammengeschlossen, die die Sichtweisen der Kommunen bündeln und vertreten. Das Netzwerk hat eine hohe Sichtbarkeit und vertritt die kommunale Perspektive der nah am aktiven Kohlerevier gelegenen Kommunen, die sich selbst als „kernbetroffen“ vom Strukturwandel bezeichnen. Die Lausitzrunde fordert eine aktive Rolle bei den anstehenden strukturwandelrelevanten Entscheidungen ein, da sie für sich in Anspruch nimmt, die lokalen Bedürfnisse am besten zu kennen. Die Sprecherin der Lausitzrunde und Bürgermeisterin Sprembergs war Mitglied der KWSB. Zusätzlich spielen die Innovationsregion Lausitz (iRL), regionale Planungsverbände in den jeweiligen Ländern, die Vertretungen der Sorb*innen und

Wend*innen sowie die Kammern (bspw. IHKs) eine wesentliche Rolle.

Partizipation: Einer der für den Strukturwandel wichtigsten Bürgerbeteiligungsprozesse³ in der Lausitz ist der 2019 aufgesetzte Leitbildprozess der Zukunftswerkstatt Lausitz. Ziel ist die Erstellung der länderübergreifenden „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“, die ein regional entwickeltes, länderübergreifendes Leitbild für wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungspfade darstellt. Bürger*innen und Stakeholder wurden in Form von Bürger*innendialogen, Thementischen, Online-Beteiligung sowie Themenveranstaltungen aktiv eingebunden. Die Planung und Durchführung der face-to-face und online stattfindenden Bürger*innendialogen übernahmen Beteiligungsagenturen. Ein Team von IASS-Wissenschaftler*innen führte Reflektionsgespräche mit den Organisator*innen und begleitete teilnehmend drei der fünf Bürger*innendialoge sowie zahlreiche Veranstaltungen der ZWL. Insbesondere die im Folgenden skizzierten Bürger*innendialoge geben Aufschluss über Hürden erfolgreicher Bürgerbeteiligung.

➤ **Ziel und Mittel:** Mit dem Ziel, Zukunftsbilder aus der Region zusammenzutragen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede der regionalen Teilgebiete zu identifizieren und in das Leitbild einzuspeisen, wurden im September 2019 fünf Bürger*innendialoge durchgeführt. Mit nur 20–50 Prozent der erwarteten Teilnehmer*innenzahl von 40 Personen waren diese ausnahmslos gering besucht.

➤ **Herausforderungen:** Trotz geringer Beteiligung entstanden interessante, aber nicht repräsentative Zukunftsbilder. Den Teilnehmenden war zum Zeitpunkt der Bürger*innendialoge die Sinnhaftigkeit und politische Anschlussfähigkeit des Leitbildprozesses oft unklar, da das Signal der Länder, die Ergebnisse zu berücksichtigen, fehlte. Erschwerend kommt hinzu, dass die Identifikation mit der Region über regionale Ausdifferenzierungen (z. B. Ober- und Niederlausitz) und nicht über die Lausitz als Gesamtregion geschieht. Es bleibt weitgehend

³ Gefördert wird der Beteiligungsprozess als Teil der Aufgaben der ZWL aus Mitteln des Bundes, des Freistaates Sachsen und des Landes Brandenburg im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW).

ungeklärt, was die Bürger*innen durch den Beteiligungsprozess im Rahmen des Leitbildes gewinnen.

➤ **Ursachen:** Ursachen für die geringe Beteiligung und für die potenzielle Delegitimierung des Strukturwandels könnten neben prozessualen Hürden⁴ auch in den Erfahrungen der Fremdbestimmung und gesellschaftlichen Entkopplung der Wiedervereinigung und 1990er Jahre liegen. Hier hat sich die Erfahrung verstetigt, dass Veränderungsprozesse von außen induziert werden und Eigenengagement verloren geht (Luh 2019).

Es drängt sich die Frage auf, ob Bürger*innen überhaupt ein Leitbild für die Region für sinnvoll halten. Es besteht außerdem die Gefahr, dass politische Akteur*innen ihren Wunsch nach Beteiligung mit der Realität solcher gescheiterten Beteiligungsprozesse abgleichen und daraus den Schluss ziehen, dass strukturierte Beteiligung als Ergänzung des demokratischen Systems nicht sinnvoll ist.

Organisierte Zivilgesellschaft: Zu den etablierten zivilgesellschaftlichen Gruppen, die einen schnellen und ambitionierten Strukturwandel vorantreiben (z.B. Grüne Liga, BUND) oder verhindern wollen (z.B. Pro Lausitzer Braunkohle) sind in den letzten Jahren weitere Initiativen hinzugetreten. Darunter befinden sich Bündnisse wie die Bürgerregion Lausitz oder die Lausitzer Perspektiven, neue Forschungseinrichtungen oder das Zentrum für Dialog und Wandel der Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Sie haben sich in den letzten Jahren als Partner*innen angeboten und zahlreiche Workshops und Veranstaltungen organisiert, um Zukunftsideen zu entwickeln. **Die Zivilgesellschaft stellt sich also bereits als ein konstruktives Korrektiv auf und bringt eigene Ideen (wie bspw. den Fonds Zivilgesellschaft) ein. Die Initiativen sollten in ihrem Engagement bestärkt und ihre Ergebnisse sollten von regionalen und landespolitischen Akteur*innen aufgegriffen werden** (vgl. Staemmler et al. 2020).



Brikettfabrik in Knappenrode

⁴ Die geplante Zufallsauswahl von Bürger*innen aus den Melderegistern in Brandenburg und Sachsen funktionierte aufgrund mangelnder Kooperationsfreudigkeit einiger Meldeämter nur schleppend, sodass weniger Bürger*innen eingeladen werden konnten.

Eine lernende Strukturpolitik

Insgesamt ist das institutionelle Gefüge der Strukturwandel-Governance Mitte 2020 noch nicht konsolidiert, wobei der Zeitdruck steigt, das am 3. Juli 2020 verabschiedete Strukturstärkungsgesetz nun umsetzen zu können. Es sind mehrere Maßnahmen ergriffen worden, die einer partizipativen Governance dienen können, deren Funktionalität überprüft und die ggf. angepasst werden müssen. Auch werden bislang wenige Mechanismen eingerichtet, um aus diesen Maßnahmen zu lernen (i.S. von formativer Evaluation) und um fortlaufend auf die Ideen und Anliegen aus der Bevölkerung zurückgreifen zu können bzw. sich von der öffentlichen Debatte kritisieren und befruchten zu lassen. Diese Fragmentierung und Unklarheit bestärkt die Konflikte im Strukturwandel. Bei der Aushandlung unter vielen Akteure*innen und Institutionen wird darum gestritten, wer im Strukturwandel an welchen Entscheidungen beteiligt wird und wie die anstehenden Fördermittel, aber auch die Verantwortung für Erfolg und Misserfolg verteilt werden.

Folgende Aufgaben zeichnen sich ab: Die Länder sind dem Bund gegenüber in der Verantwortung, die Strukturwandelmittel sachgerecht und wirkungsvoll zu verausgaben. Dazu sind sie u.a. auf regionale Bündnisse und insbesondere auf (Landkreise und Kommunen) angewiesen. Die Schnittstellen zwischen regionalen Akteur*innen und den Landesregierungen sind jedoch nicht vollends entwickelt. Insofern muss die nun zu erschaffende Governance-Struktur auch auf die berechnete Forderung nach mehr Transparenz, Verantwortlichkeit und Beteiligung eingehen.

Zwischenfazit zur Lausitz

Der Zwischenstand in der Lausitz zeigt, dass einerseits die Governance-Strukturen noch entwickelt und transparenter gemacht werden müssen, dass andererseits aber angesichts der sehr unterschiedlichen Betroffenheit der regionalen Akteure*innen und Bevölkerungsgruppen ein demokratisch organisierter Annäherungs-, Verständigungs- und Entscheidungsprozess unumgänglich ist. Im Umgang mit dieser doppelten Herausforderung sind folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen.



IBA-Terrassen am Großräschener See

Im Vergleich zum Rheinischen Revier wird die Entscheidungsstruktur sicher weniger zentralisiert sein, d.h. die Länder Sachsen und Brandenburg entwickeln jeweils eigene Governance-Strukturen und Mechanismen. Umso mehr ist es für den Erfolg der Bewältigung des Strukturwandels unabdingbar, dass die Verantwortlichkeiten geklärt und im Laufe der Zeit auch überprüft werden. Bisher unzureichend entwickelt und abgestimmt sind die Entwicklungsstrategien für die Lausitz, die u.a. im StStG, auf der jeweiligen Länderebene sowie aus der Region heraus angesiedelt sind. **Eine integrierende Wirkung kann die „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ der WRL entfalten, wenn sowohl Brandenburg als auch Sachsen Impulse daraus in ihre jeweiligen Planungen noch aufnehmen.** Es ist daher notwendig, dass die Länder ihre eigenen Strategien ausdifferenzieren, damit diese in der Mittelverwendung wirksam werden. Konsultationen mit regionalen Akteur*innen sind zu diesem Zweck wünschenswert. Die Mitgestaltungsmöglichkeiten für Lausitzer*innen im Strukturwandel können und sollten ausgeweitet werden. Aus den ersten Schritten in Richtung Bürger*innenbeteiligung und Bürger*innenengagement wurden bereits lehrreiche Aspekte für zukünftige Beteiligungsprozesse gewonnen:

➤ Die Landesregierungen können in die Strukturwandel-Governance frühzeitig strukturierte Beteiligungsangebote integrieren, damit Bürger*innenbeteiligung v.a. auf Grundlage eines **politischen Mandats** durchgeführt werden kann. Eine Schirmherrschaft durch die Lausitzbeauftragten der Länder und eine von Beginn an geplante Übergabe der Ergebnisse an Verantwortungsträger*innen oder Gremien kann für viel Klarheit und Motivation sorgen. Die Beteiligung von Stakeholdern müsste ebenfalls strukturiert werden, damit alle gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit zur Teilnahme haben.

- Beteiligung braucht **Untersuchungen und Gespräche im Vorfeld**, um die Anschlussfähigkeit in der Bevölkerung zu sichern. Dies kann in Form niederschwelliger Austauschformate mit Vertreter*innen von Kommunen, lokalen NGOs, Vereinen und möglicherweise Kirchen passieren. Auch der Austausch der durchführenden Kommunikations- und Beratungsagenturen mit den Auftraggebenden sollte auf eine Auswahl von organisierten Akteur*innen ausgeweitet und von den Auftraggebenden begleitet werden.
- Beteiligungsprozesse im ländlichen Raum sollten idealerweise mit **lokalen Kommunikations- und Beratungsagenturen** durchgeführt werden. Ihr Wissen und ihre Kontakte sind erfolgsbestimmend. Wenn dies nicht möglich ist, können diese als Berater*innen oder Teilnehmer*innen hinzugezogen werden.
- Um kollektive Lernprozesse strukturell einzubetten und um die Schnittstelle zur kommunalen Verwaltung zu entlasten, müssen Beteiligungsprozesse langfristig institutionalisiert werden, sodass sie als eine Art **Standleitung zwischen Bevölkerung und Politik** fungieren. Umso wichtiger ist die genannte politische, institutionelle und kommunikative Fundierung.

Diese Aspekte können unter anderem an dem vom IASS vorgeschlagenen **Bürger*innenausschuss** erprobt und gestärkt werden. Er kann, nachdem die Governance-Strukturen etabliert und funktionstüchtig sind, mit Bürger*innen aus der Lausitz besetzt werden, die zufällig ausgewählt werden und die Möglichkeit hätten, eigene Impulse für den Strukturwandel zu entwickeln. Im Zuge eines kontinuierlichen Austauschs im Rahmen eines Bürger*innenausschusses entstehen Verantwortungsgemeinschaften, die helfen, die Spaltungen in pro und kontra Kohle zu überwinden. Die Wesensmerkmale, die unbedingt bei der Einrichtung eines Bürger*innenausschusses berücksichtigt werden müssen, sind im Kasten abgebildet (vgl. Oppold und Nanz 2019).



MERKMALE EINES BÜRGER*INNENAUSSCHUSSES

- 1. Klare Rahmenbedingungen:** Der Bürger*innenausschuss bedient lediglich die Input-Seite des Entscheidungsprozesses. Die Teilnehmenden erfüllen dabei explizit keine Vertretungs- oder Repräsentationsfunktion, sondern sollen dazu beitragen, dass der demokratische Entscheidungsprozess mit einer großen Stimmenvielfalt und lokalen Anschlussfähigkeit angereichert wird. Es ist daher ausschlaggebend, dass der Bürger*innenausschuss langfristig aufgesetzt und lernfähig wird. Dies kann bewerkstelligt werden, indem die Landesregierungen sich vertrauensvoll hinter diese Idee stellen und indem der Ausschuss eine Geschäftsstelle sowie eine fortlaufende formative Evaluation erhält (vgl. Nanz und Leggewie 2016).
- 2. Zufallsbasierte Auswahl der Mitglieder:** Empfehlenswert ist aus kommunikativen Gründen eine Größe von 15 bis maximal 20 Personen. Bei der Auswahl ist besonders auf die Mischung von Generationen und Bildungsschichten zu achten. Die Amtszeit der Mitglieder beträgt zwei Jahre, um ein gründliches Einarbeiten und einen gemeinsamen Diskurs zu ermöglichen.
- 3. Professionelle Moderation:** Durch die Moderationsmethode Dynamic Facilitation kann der Ideenfindungsprozess von professionellen Moderator*innen so gesteuert werden, dass die Diskussion offen und lösungsorientiert ist. Moderator*innen übernehmen dabei die Rolle, das Gespräch an den Bürger*innen auszurichten und dokumentieren darüber hinaus alle Beiträge, insbesondere die Lösungsideen.
- 4. Anbindung an das demokratische Institutionengefüge:** Mit den von den Bürger*innen gemeinsam erarbeiteten Vorschlägen würde sich das Koordinierungsgremium der Länder beschäftigen. Die Empfehlungen, die im Bürger*innenausschuss entstehen, gehen an das Koordinierungsgremium der Landesregierungen Sachsen und Brandenburg. Dieses hat Befassungspflicht. Die Landesregierungen können auf Grundlage der Diskussion der Empfehlungen im Koordinationsgremium einen Gesetzesvorschlag in den Landtag einbringen oder die Empfehlungen verwerfen. In jedem Fall muss das Koordinationsgremium Rechenschaft zum Umgang mit den Ergebnissen des Ausschusses ablegen und dabei beide Landesregierungen konsultieren.

6 | EMPFEHLUNGEN FÜR POLITIK IN DEN REGIONEN

In dieser Studie legen wir den Stand der Gestaltung des Strukturwandels im Rheinland und der Lausitz dar und entwickeln Vorschläge, wie die Legitimität, Responsivität und Reflexivität der dortigen Governance-Strukturen vor allem durch partizipative Elemente gestärkt werden können. Die Situation in den beiden Kohleregionen weist teilweise erhebliche Unterschiede auf und entwickelt sich dynamisch weiter. Nichtsdestotrotz lassen sich anhand des Vergleichs Aspekte herausarbeiten, die in den Regionen gestärkt oder sogar für den bundespolitischen Entscheidungsprozess nützlich sind.

Das Rheinische Revier verfügt über vergleichsweise gute infrastrukturelle und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen und Anknüpfungspunkte für einen ökologisch und sozial gerechten Strukturwandel. Um diese Potenziale zu nutzen, bedarf es eines partizipativen Handlungsrahmens, der die vielfältigen Perspektiven, Akteur*innen und Interessen zusammenbringt, historische Konflikte in der Region bearbeitet, gemeinsame Ziele und Handlungen abstimmt und die Informierung und Mobilisierung der Akteur*innen in der Region stärkt.

Wir empfehlen:

1. Den schrittweisen und langfristig angelegten Aufbau einer partizipativen Governance-Struktur, die sowohl die **vielfältigen Stakeholder** aus Politik, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Forschung als auch die **Bürger*innenschaft** strukturiert, ausgewogen und inklusiv einbindet. Dafür braucht es beispielsweise Lenkungs-gremien, Formate der Konsultation der Bürger*innenschaft und stärker informierende und mobilisierende Formate wie Bürger*innenplattformen, Ideenwettbewerbe sowie einen Zukunftsfonds für die Zivilgesellschaft (siehe Seite 17).
2. Die partizipative Entwicklung eines wertebasierten, attraktiven und in die Gesellschaft wirkenden **Leitbildes im Sinne der Nachhaltigkeit**, welches das WSP mittelfristig erweitert und ergänzt. Daran anknüpfend wäre eine stringente und transparente Förderstrategie sinnvoll, die die vielfältigen Potenziale der Regionen und hier vor allem Zukunfts- und Nachhaltigkeitsthemen adressiert und fördert.
3. Die Entwicklung eines **begleitenden Evaluationsmechanismus** für die Mittelvergabe und den Governance-Prozess, der später zur Anpassung der Förderung und des Prozesses im Lichte der Erkenntnisse führt. Wir empfehlen, zu diesem Zweck konkrete Halte- und Reflexionspunkte im Zeitverlauf (z.B. alle 5-8 Jahre) zu definieren, die zur Prüfung, Anpassung und Umsteuerung genutzt werden können.
4. Die **ZRR als intermediäre Struktur** mit wichtiger Scharnierfunktion in Wirtschaft und Gesellschaft auszubauen, zu professionalisieren und besser zu legitimieren. Die Auswahl der geförderten Projekte, die Besetzung wichtiger Funktionen in den Revierknoten und die Zusammensetzung der Entscheidungs- und Kontrollgremien sollte dringend weiterentwickelt und inklusiver werden.
5. Die Vielzahl von Initiativen und Beteiligungsmöglichkeiten im Revier bedürfen einer **besseren Koordination und Abstimmung**. Diese Beteiligungsprozesse liefern erste wichtige Erfahrungen und ermutigende Ergebnisse mit unterschiedlichen Informations- und Beteiligungsformaten, die es auszuwerten gilt. Nicht zuletzt aus diesem Grund zeigt sich hier die Relevanz einer transparenten und legitimierten Governance-Struktur sowie der Einbindung der organisierten Interessen und der Bürger*innenschaft.

In der Lausitz herrscht trotz der Aufmerksamkeit, die der Region durch kommunikative und förderpolitische Maßnahmen geschenkt wird, eine große Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen und Institutionen. Dadurch ist nicht zuletzt die Legitimation der im Governance-Prozess getroffenen Entscheidungen gefährdet, selbst wenn diese dem Großteil der Menschen in der Lausitz zugute kommen sollten. Es fehlt das robuste und lernfähige Zwischenstück zwischen Zuhören und Fördern.

Wir empfehlen:

1. Im Rahmen der aktuell entwickelten **Governance-Architektur** sollte die Politik kommunikativer, die Wirtschaft vielfältiger und die Zivilgesellschaft wirkungsmächtiger werden. Zu diesem Zweck sollten besonders die mit dem Kohleausstieg anzustrebenden, aber weiterhin umstrittenen Leitlinien der Nachhaltigkeit sowie Wirtschaftsförderungskonzepte und Verwaltungsinstitutionen mit partizipativen Elementen ergänzt werden.
2. Es ist hilfreich, **Beteiligungsprozesse** langfristig zu institutionalisieren, um die Mitmach-Bereitschaft zu entwickeln, Lernprozesse in allen Teilregionen zu entfalten und die Schnittstelle zur kommunalen Verwaltung zu entlasten. Eine klare Zielsetzung und Mandatierung von Beteiligungsprozessen, die Einrichtung von robusten Trägerorganisationen sowie eine Schirmherrschaft durch die Lausitzbeauftragten der Landesregierungen würden die Resonanz und Effektivität von Partizipationsprozessen enorm stärken. Ein passendes Instrument ist der Bürger*innenausschuss (siehe Seite 27). Besonders ist zu beachten, dass neben den „üblichen Verdächtigen“ in der Zivilgesellschaft auch das kleinräumliche Engagement in den Teilregionen verstärkt honoriert wird.
3. **Die horizontalen und vertikalen Schnittstellen** zwischen regionalen Akteur*innen, den Landesregierungen und dem Bund müssen noch entwickelt werden, um die Top-down und die Bottom-up-Kommunikation im politischen System zu stärken: Damit es den Ländern gelingt, die Strukturwandelmittel des Bundes sachgerecht und wirkungsvoll zu verausgaben, sind sie u.a. auf regionale Bündnisse und insbesondere auf Landkreise und Kommunen angewiesen. Umgekehrt können regionale Impulse, z.B. die „Entwicklungsstrategie Lausitz 2050“ der WRL, nur eine integrierende Wirkung entfalten, wenn sie von den Landesregierungen aufgegriffen werden. Damit Einrichtungen wie die Lausitzrunde oder die WRL sich langfristig als strukturpolitische und kommunikative Schnittstellen zwischen Bevölkerung und Politik entwickeln, sollten sie sich verstärkt um die Anschlussfähigkeit vor Ort und um eine Koordination untereinander bemühen.

Wenn die aktuell entstehende Governance-Architektur keine partizipativen Schnittstellen bekommt, besteht die Gefahr, dass dies den Rechtsnationalismus fördert, die Funktionalität des demokratischen Apparates einschränkt und die Qualität der Strukturwandelansätze mindert. Die Strukturwandelförderung und die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen können als Chance für die Öffnung des gesellschaftlichen Diskurses und für eine gesteigerte Mitmach-Bereitschaft genutzt werden. **Es gilt fortwährend, aus Partizipationsprozessen zu lernen, ohne jemals die Maxime einer breit legitimierten Politik aufzugeben.**

7 | PARTIZIPATIVE GOVERNANCE ALS DEMOKRATISCHER ENTWICKLUNGSPFAD

Trotz der unterschiedlichen Kontexte zeichnet sich in beiden Regionen deutlich die eingangs beschriebene doppelte Herausforderung ab: Einerseits muss mit steuerungspolitischen Unsicherheiten und einer hohen **institutionellen Komplexität** umgegangen werden, wozu es einer **effektiven Governance-Struktur** bedarf. So ergibt sich u. a. aus der bundespolitischen Rahmensetzung ein komplexes Gesamtbild an Fördermitteln und Regelwerken, die Chancen und Widersprüche in sich bergen. Dabei fallen die erheblichen Strukturwandelhilfen besonders ins Gewicht. Sie sollen zur Infrastrukturentwicklung, zur Ansiedlung neuer Institutionen und Unternehmen sowie zur Absicherung der Beschäftigten eingesetzt werden. Dieser Schwerpunkt muss unbedingt um sozioökonomische und sozialökologische Dimensionen erweitert werden, damit Nachhaltigkeitsziele glaubwürdig verfolgt werden können.

Andererseits muss die **demokratische Legitimation** für den Kohleausstieg über eine **breite Teilhabe** immer wieder gesichert, der Populismus bekämpft und eine Mitmach-Bereitschaft unter wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen glaubwürdig befördert werden. Es ist möglich, dass die freiwerdenden Ressourcen sehr breiten Bevölkerungsgruppen zugute kommen, und es ist notwendig, kulturelle Minderheiten und sozioökonomisch geschwächte Bevölkerungsgruppen besonders zu berücksichtigen.

Der mittel- und langfristige Erfolg der Governance-Prozesse hängt davon ab, ob die Landesregierungen einen Weg finden, lernende Partizipationsprozesse und robustes Verwaltungshandeln zu verbinden, sodass der Strukturwandel breit legitimiert und effektiv umgesetzt wird. Wenn der politische Prozess effektiv organisiert ist und Verantwortlichkeiten klar geregelt sind, führt die systematische Ergänzung der Institutionen der repräsentativen Demokratie mit konsultativen Formaten strukturierter Bürger*innen- und Stakeholderbeteiligung zu robusteren Handlungsoptionen und zu breit legitimierten und in der Folge akzeptierten Entscheidungen.

Insgesamt lassen sich drei zentrale Empfehlungen aus beiden Regionen ableiten:

1. **Zukunftskonzepte:** Die Integration von Entwicklungskonzepten sowie deren Weiterentwicklung geschieht entweder kaum oder intransparent. Die Entwicklung von Zukunftskonzepten und Entwicklungsstrategien benötigt einen eigens **strukturierten Prozess**, der zugleich **robust** und **lernfähig** sein muss. Daran müssen Bürger*innen, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft aus den Regionen mitwirken und von außerregionalen Impulsen angeregt werden. Die Gestaltung dieses Findungsprozesses sollte transparente Kriterien, Phasen und Haltestopps beinhalten, sodass die Effektivität von Verwaltung und Partizipation gewahrt und politische Mandate gestärkt werden. Der Austausch zwischen den Regionen kann darüber hinaus eine wertvolle Ressource sein, um aus Erfolg und Misserfolg zu lernen.
2. **Governance:** Für den Erfolg der regionalen Strukturpolitik ist es von zentraler Bedeutung, dass die **Verantwortlichkeiten geklärt** und im Laufe der Zeit **überprüft** werden. Für die Vergabe von Projekten müssen die Kriterien auf Bundes- und EU-Ebene mit denen der regionalen Leitbilder abgeglichen und für die jeweilige Region operationalisiert werden. Für diesen Prozess der Abwägung können die sozialen, ökologischen und ökonomischen Dimensionen von Nachhaltigkeit als sachlicher Maßstab dienen, während partizipative Aushandlungsprozesse stärker ausdifferenziert und im Ergebnis von spezifischen Entscheidungsgremien aufgegriffen werden sollten. Der Governance-Prozess sollte iterativ gestaltet sein, um sich in regelmäßigen Abständen an das sich dynamisch entwickelnde Gesellschafts- und Wirtschaftsumfeld anzupassen und zu aktualisieren. Eine solch reflexive, **lernende Governance** entsteht, wenn Fehlsteuerungen und Probleme aufgrund kontinuierlicher Reflexion und Evaluierung erkannt und verändert werden.

Voraussetzung dafür ist **erstens ein Evaluationsmechanismus**, der Förderungen und Beteiligungsmechanismen unabhängig evaluiert, um wissenschaftlich Veränderungen vorzunehmen. Zu diesem Zweck könnten konkrete Halte- und Reflexionspunkte im Verlauf der Förderung (alle 6–8 Jahre) bestimmt werden, die eine genaue Überprüfung obligatorisch vorsehen. **Zweitens** braucht es **partizipative Gremien und Steuerungsformate** wie zum Beispiel eine inklusiv besetzte Lenkungsgruppe aus Landes-, Kommunen- und organisierten Interessen, die über den Fortgang der Entwicklungen wachen, Informationen bündeln und Vorschläge für die Veränderung der partizipativen Governance an die Landesregierungen unterbreiten.

Partizipation muss synergetisch mit dem institutionalisierten, repräsentativen demokratischen System wirken.

3. **Beteiligung:** Gerade bei langfristigen Governance-Prozessen sollten Politiken auf einer fachlich und gesellschaftlich breiten Basis stehen und den Rahmen für Eigeninitiative und Selbstorganisation liefern. Es empfiehlt sich daher trotz unter hohem Zeitdruck entwickelter Institutionen, dass mit eben diesen Institutionen auch die **Responsivität** der Governance gegenüber den Bürger*innen gestärkt wird, indem institutionalisierte und zweckmäßig ausdifferenzierte Gesprächsformate zwischen Entscheidungsträger*innen, betroffener Bürger*innenschaft und organisierten Interessen etabliert werden. Bislang liegt der Schwerpunkt auf organisierten Interessen, sodass Macht- und Interessensungleichgewichte zwischen den politischen und wirtschaftlichen Verantwortungsträger*innen und den langfristig Betroffenen entstehen. Die aufwändigen Partizipationsprozesse, die bislang lokal und teilweise sogar regional statt-

gefunden haben, weisen darauf hin, dass **erstens** die Verbindung lokaler Anforderungen und landespolitische Entscheidungsprozesse gestärkt werden muss, und **zweitens**, dass die organisatorische Träger*innenschaft und Verwaltungsschnittstelle langfristig gesichert und politisch mandatiert werden müssen.

Wir empfehlen insgesamt, die **Bürger*innen aus den Regionen**, die bislang nur im geringen Umfang an der Erarbeitung und Umsetzung der Ergebnisse der KWSB beteiligt waren, **fortan stärker einzubinden**. Gerade im Strukturwandel bietet sich die Gelegenheit, dialogorientierte und dauerhaft angelegte Beteiligungsformate zu erproben und langfristig zu etablieren. Dabei gilt es, die oft unverbundenen und auf unterschiedliche Zwecke und Öffentlichkeiten

ausgerichteten Formate stärker zu professionalisieren und zu verzahnen. Partizipation muss synergetisch mit dem institutionalisierten, repräsentativen demokratischen System wirken und daher effektiv und transparent mit demokratischen Entscheidungsprozessen und gewählten Verantwortungsträger*innen verknüpft werden. Kurz: Wir empfehlen keinen Partizipationsaktivismus, sondern den Aufbau eines „deliberativen Systems“ (Goodin 2008). So entsteht ein Zwischenglied, welches Kommunikationsmaßnahmen und Fördermaßnahmen verbindet und die **Zivilgesellschaft als strukturpolitisches Korrektiv** einerseits **und als Motor für Innovation und Kreativität** andererseits bestärkt. Strukturwandel braucht Geduld, einen langen Atem und ständige Lernbereitschaft. Eine partizipative Governance schafft dazu den notwendigen Rahmen und ist für einen nachhaltigen Strukturwandel unabdingbar.

LITERATUR

- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019a):** Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Online verfügbar unter <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Service/Gesetzesvorhaben/strukturstaerkungsgesetz-kohleregionen.html>. Zuletzt abgerufen am 10.06.2020.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019b):** Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung Abschlussbericht“. Online verfügbar unter https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4. Zuletzt abgerufen am 11.06.2020.
- Bürgerdialog Ostbelgien (2020):** Grundsätze und Prinzipien. Online verfügbar unter <https://www.buergerdialog.be/informieren/grundsaeetze-und-prinzipien>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.
- Berger, Wolfram; Lademann, Sascha; Schnellenbach, Jan; Weidner, Silke; Zundel, Stefan (2019):** Standortpotentiale Lausitz. Studie im Auftrag der Zukunftswerkstatt Lausitz. Cottbus.
- Braun, Wilhelm; Schneider, Karl-Günther; Weiss, Günther (1996):** Braunkohleabbau und Umsiedlung im Rheinischen Revier: Geostudien.
- Bundesregierung (2020):** Kohleausstieg und Strukturstärkung im Bundestag. Von der Kohle hin zur Zukunft. Online verfügbar unter <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/kohleregionen-foerderung-1664496>. Zuletzt abgerufen am 10.06.2020.
- European Council (2020):** Conclusions of the Special meeting of the European Council, 21 July, 2020. Online verfügbar unter <https://www.consilium.europa.eu//media/45109/210720-euco-final-conclusions-en.pdf>. Zuletzt abgerufen am 24.07.2020.
- European Commission (2020):** EU budget for recovery: Questions and answers on the Just Transition Mechanism. Online verfügbar unter https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_931. Zuletzt abgerufen am 10.06.2020.
- Fischer, Frank (2012):** Participatory Governance: From Theory to Practice. In: *The Oxford Handbooks of Governance*. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780199560530.013.0032.
- Forschungszentrum Jülich GmbH/FZJ (2020):** Modellregion für nachhaltige Bioökonomie. BioökonomieREVIER. Online verfügbar unter <https://www.biooekonomierevier.de/index.php?index=21>. Zuletzt abgerufen am 20.06.2020.
- Fung, Archon; Wright, Erik Olin (Hg.) (2003):** Deepening democracy. Institutional innovations in empowered participatory governance. Conference "Experiments in Empowered Deliberative Democracy". Verso (The real utopias project, 4). London.
- Gärtner, Stefan (2014):** Präventiver Strukturwandel. Strukturpolitische Möglichkeiten für die Innovationsregion Rheinisches Revier. Gutachten an den Landtag Nordrhein-Westfalen. IAT - Institut Arbeit und Technik.
- Goodin, Robert E (2008):** Innovating democracy: Democratic theory and practice after the deliberative turn. Oxford Scholarship Online. OUP Oxford. DOI:10.1093/acprof:oso/9780199547944.001.0001.

Grobusch, Michael/Aachener Zeitung (2020): Sturm der Entrüstung in den Kommunen. Erschienen als Print: Aachener Zeitung 10.06.2020.

Grothus, Antje (2019): Wir fordern eine ernstgemeinte Beteiligung der Zivilgesellschaft am Strukturwandelprozess! Koordinierungskreis Strukturwandel (ZKS). Online verfügbar unter <https://revierperspektiven-rheinland.de/2019/12/13/wirfordern-eine-ernstgemeinte-beteiligung-der-zivilgesellschaft-am-strukturwandelprozess/>. Zuletzt abgerufen am 06.04.2020.

Heer, Sebastian; Knippschild, Robert (2020): Governance-Struktur für eine abgestimmte Regionalentwicklung der Lausitz. Praxisorientierte Handreichung 4. Görlitz/Dresden.

Hermann, Hauke, Schumacher, Katja; Förster, Hannah (2018): Erneuerbaren Energien-Vorhaben in den Tagebauregionen. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft Und Energie. Berlin.

IEK-STE (2019): Repräsentative Panelbefragung zur Akzeptanz der Transformation des Energiesystems – Welle 7. Institut für Energie- und Klimaforschung – Systemanalyse und Technologische Entwicklung. Forschungszentrum Jülich.

Initiative Buirer für Buir (Hg.) (2020): Unsere Ziele. Online verfügbar unter <http://www.buirerfuerbuir.de/index.php/wir-ueber-uns/unsereziele>. Zuletzt abgerufen am 22.01.2020.

IT.NRW, Düsseldorf (2018): Statistische Berichte – Agrarstrukturerhebung in NRW 2016. Gemeinde- und Kreisstatistik der landwirtschaftlichen Betriebe – Betriebsgrößen, Bodennutzung und Viehhaltung; sozialökonomische Betriebstypen und betriebswirtschaftliche Ausrichtung. Online verfügbar unter <http://www.it.nrw.de>. Zuletzt abgerufen am 30.05.2020.

IT.NRW, Düsseldorf (2020): Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Wohnort) nach Altersgruppen (7) und Geschlecht – kreisfreie Städte und Kreise – Stichtag. Online verfügbar unter <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/>

[online/data?operation=table&code=13111-41ir&levelindex=0&levelid=1590829521111](https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online/data?operation=table&code=13111-41ir&levelindex=0&levelid=1590829521111). Zuletzt abgerufen am 30.05.2020.

Jansen, Dirk (2017): Verheizte Heimat. Dörfer auf der roten Liste. Hg. v. BUND. Online Verfügbar unter <https://www.bund-nrw.de/themen/braunkohle/hintergruende-und-publikationen/verheizte-heimat/>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Kamlage, Jan-Hendrik; Nanz, Patrizia (2018): Public Participation and Democratic Innovations: Assessing Democratic Institutions and Processes for Deepening and Increased Public Participation in Political Decision-Making. World Forum of Democracy, Strasbourg.

Kamlage, Jan-Hendrik, und Patrizia Nanz (2017): Crisis and participation in the European Union: energy policy as a test bed for a new politics of citizen participation. *Global Society* 31.1: 65 – 82.

Kaufer, Ricardo; Lein, Paula (2018): Widerstand im Hambacher Forst: Analyse einer anarchistischen Waldbesetzung. Online verfügbar unter https://www.researchgate.net/publication/328932749_Widerstand_im_Hambacher_Forst_Analyse_einer_anarchistischen_Waldbesetzung. https://www.researchgate.net/publication/328932749_Widerstand_im_Hambacher_Forst_Analyse_einer_anarchistischen_Waldbesetzung. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Kopke, Alexander; Christoph Lorenz (2016): Ich kenne keine Flügel, ich kenne keine Strömungen. Ich kenne nur die Brandenburger AfD. Die Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg im Frühjahr 2015, in: Alexander Häusler (Hg.), Die Alternative für Deutschland. Programmatik, Entwicklung und politische Verortung. Wiesbaden: 221 – 235.

Kluge, Jan; Lehmann, Robert; Ragnitz, Joachim; Rösel, Felix (2014): Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz. Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: ifo Dresden Studien 71.

Knobbe, Sonja; Beckamp, Marius; Götz, Ann-Kristin (2020): Zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit. Wie wird der Megatrend »Digitalisierung« im Lichte einer umzusetzenden Energiewende in der Industrie diskursiv verhandelt? In: Steven Engler, Julia Janik und Matthias Wolf (Hg.), *Energiewende und Megatrends. Wechselwirkungen von globaler Gesellschaftsentwicklung und Nachhaltigkeit*. Bielefeld: 301-323.

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2019): Daten & Fakten. Online verfügbar unter <https://www.kohlenstatistik.de>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (KWSB, Hg.) (2019): Abschlussbericht. LANUV 2020. Frankfurt am Main.

KWI/Kulturwissenschaftliches Institut Essen (2019): Das Projekt BioökonomieREVIER. Online verfügbar unter <https://kulturwissenschaften.de/projekt/biorevier/>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

LANUV (2020): Energieatlas NRW. Online verfügbar unter <https://www.energieatlas.nrw.de/site/werkzeuge/energiestatistik>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Löw Beer, David; Schellhuber, Hans-Joachim; Leggewie, Claus (2018): Zukunftsfonds – Ein Instrument zur klimaverträglichen Gestaltung von Infrastruktur und Unternehmen, IASS Policy Brief. Potsdam.

Lenz, Gerhard (1999): Verlusterfahrung Landschaft. Über die Herstellung von Raum und Umwelt im Mitteldeutschen Industriegebiet seit der Mitte des Neunzehnten Jahrhunderts. In: *Edition Bauhaus*, Band 4. Campus Verlag. Frankfurt am Main.

Luh, Victoria (2019): Randständigkeit. Der Lausitzer Kohleausstieg im Kontext gesellschaftlicher Entkopplungserfahrungen nach 1989. Eine Ethnographie im Landkreis Spree-Neiße. Masterarbeit, Humboldt-Universität zu Berlin.

Nanz, Patrizia; Leggewie, Claus (2016): Die Konsultative. Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung, Berlin.

Oei, Pao-Yu; Brauers, Hanna; Kemfert, Claudia; Kittel, Martin; Göke, Leonard; Hirschhausen, Christian R. von; Walk, Paula (2018): Kohleausstieg in NRW im deutschen und europäischen Kontext. Energiewirtschaft, Klimaziele und wirtschaftliche Entwicklung. Berlin: DIW Berlin Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin, 129). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/187509>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Oppold, Daniel; Nanz, Patrizia (2019): Mehr Demokratie durch dialogorientierte Bürgerbeteiligung. In: Thiele, A. (Hg.), *Legitimität in unsicheren Zeiten. Der demokratische Verfassungsstaat in der Krise?* (175–194). Mohr Siebeck GmbH & Co. KG. Tübingen.

Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens/Bürgerdialog Ostbelgien (2020): Bürgerdialog in Ostbelgien. Online verfügbar unter <https://www.buergerdialog.be>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Reinkemeier, Peter; Schanbacher, Ansgar (Hg.) (2016): Schauplätze der Umweltgeschichte in Nordrhein-Westfalen. Werkstattbericht: Graduiertenkolleg 1012: Interdisziplinäre Umweltgeschichte. Graduiertenkolleg Interdisziplinäre Umweltgeschichte. Göttingen: Universitätsverlag Göttingen (Universitätsdrucke). Online verfügbar unter <http://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?univerlag-isbn-978-3-86395-199-3>. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Seibert, Holger; Weyh, Antje; Jost, Oskar; Sujata, Uwe; Wiethölter, Doris; Carstensen, Jeanette (2018): Die Lausitz. Eine Region im Wandel. In: IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz 03/2018. IAB Berlin-Brandenburg. Nürnberg.

Setton, Daniela (2018): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer. Die Energiewende 2018. IASS Potsdam. DOI: 10.2312/iass.2019.002.

Stengel, Oliver (2011): Suffizienz: Die Konsumgesellschaft in der ökologischen Krise. Oekom Verlag, München.

Späth, Philipp; Rohracher, Harald (2010): 'Energy regions': The transformative power of regional discourses on socio-technical futures. In: *Research Policy* 39 (4), S. 449 – 458.

Stognief, Nora; Walk, Paula; Schöttker, Oliver; Oei, Pao-Yu (2019): Economic Resilience of German Lignite Regions in Transition. In: *Sustainability* 11 (5991), S. 1–17. DOI: 10.3390/su11215991.

Staemmler, Johannes; Priemer Jana; Gabler, Julia (2020): Zivilgesellschaft im Strukturwandel. Vereine und Stiftungen in der Lausitz. Potsdam. DOI: 10.2312/iass.2020.023

Valentin, Daniel; Wehnert, Timo; Schüle, Ralf; Mölter, Helena (2016): Strategische Ansätze für die Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Was lässt sich aus den Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen und dem Rheinischen Revier lernen? Im Auftrag von Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag. Wuppertal Institut.

Wolf, Ingo (2019): Soziales Nachhaltigkeitsbarometer. Die Energiewende 2019. IASS Potsdam. DOI: 10.2312/iass.2020.010.

Zobel, Michael (2020): Hambacher Forst. Online verfügbar unter <http://naturfuehrung.com/hambacher-forst/>. Zuletzt abgerufen am 22.01.2020.

Zukunftsagentur Rheinisches Revier (2019a): Wirtschafts- und Strukturprogramm. Für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0. Jülich. Online verfügbar unter https://www.rheinisches-revier.de/media/wsp_1.0_-_zentraldokument_final_mit_titel_1.pdf. Zuletzt abgerufen am 22.06.2020.

Zukunftsagentur Rheinisches Revier (Hg.) (2019b): Das Making-Of des Wirtschafts- und Strukturprogramms für das Rheinische Zukunftsrevier 1.0. Online verfügbar unter https://www.rheinisches-revier.de/media/191211_making_of_fachkonf_revierknoten_klein.pdf. Zuletzt abgerufen am 19.06.2020.

Zukunftsagentur Rheinisches Revier (2020): Zukunft durch Partizipation – Bürgerbeteiligung im Rheinischen Revier. www.unser-zukunftsrevier.de. Zuletzt abgerufen am 10.06.2020.



Kraftwerk und Gehöft in Schwarze Pumpe, Lausitz

ÜBER UNS



Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) Potsdam

Das Projekt „Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz“ am Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung Potsdam (IASS) wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung von 2018–2021 gefördert (Förderkennzeichen O3SF0561). Unser Auftrag ist die Erforschung von Transformationsprozessen in der Lausitz sowie die Begleitung von Akteuren in der Region.

<https://www.iass-potsdam.de/de/forschung/strukturwandel-politikberatung-lausitz>

Kontakt:

Dr. Jeremias Herberg

(jeremias.herberg@iass-potsdam.de,
Leitung Forschung)

und **Dr. Johannes Staemmler**

(johannes.staemmler@iass-potsdam.de,
Leitung Politikberatung)



Kulturwissenschaftliches Institut Essen

Das Projekt „Entwicklung der Modellregion BioökonomieREVIER Rheinland“ am Kulturwissenschaftlichen Institut Essen (KWI) ist ein gemeinsames Verbundprojekt mit dem Forschungszentrum Jülich (FZJ) und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Zeitraum von 2019–2021 gefördert (FKZ O31B0863B). Im Rahmen einer Strategieentwicklung für eine nachhaltige und innovative Bioökonomie-Region im Rheinischen Revier entwickelt und erprobt das KWI ein deutschlandweit bisher einzigartiges integriertes Beteiligungssystem.

<https://www.biooekonomierevier.de/>

<https://kulturwissenschaften.de/projekt/biorevier/>

Kontakt:

Dr. Jan-Hendrik Kamlage

(jan-hendrik.kamlage@kwi-nrw.de)



www.iass-potsdam.de • www.kulturwissenschaften.de



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



FONA
Forschung für nachhaltige
Entwicklungen
BMBF



LAND
BRANDENBURG
Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kultur